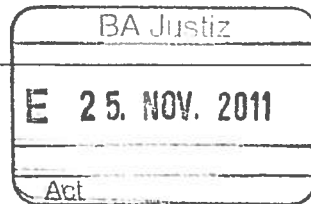


Postadresse:
Regierungsrat des Kantons Aargau
Regierungsgebäude
5001 Aarau
Telefon 062 835 12 40
Fax 062 835 12 50
E-Mail regierungsrat@ag.ch



Bundesamt für Justiz
3003 Bern

21



Aarau, 23. November 2011

Obligationenrecht (Revision des Verjährungsrechts); Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 31. August 2011 wurden die Kantone und interessierte Kreise eingeladen, zur Änderung des Obligationenrechts (Revision Verjährungsrecht) Stellung zu nehmen. Wir danken dafür und nehmen diese Gelegenheit gerne wahr.

1. Allgemeines

Der Regierungsrat begrüsst das Revisionsvorhaben grundsätzlich, weil es mit einer Vereinfachung für die Rechtssuchenden und der Klärung von Unsicherheiten verbunden ist.

Hinsichtlich der absoluten Verjährungsfristen wird die Unterteilung in eine zehn- und eine dreissigjährige Frist (bei Personenschäden) als sinnvoll erachtet, um den unterschiedlichen Verhältnissen bei der Möglichkeit der Wahrnehmung von Forderungen gerecht zu werden. Die Variante zu Art. 129 und 130 wird deshalb abgelehnt.

Die Bestrebungen des kantonalen Gesetzgebers nach einer mit dem Bundesrecht möglichst übereinstimmenden kantonalen Regelung werden aufgrund der vorgesehenen bundesrechtlichen Änderungen zu einer Überprüfung und allfälligen Anpassung des kantonalen Verjährungsrechts führen.

2. Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen der Revisionsvorlage

Zu Art. 129 und zur Variante zu Art. 129 und 130 VE-OR

In Art. 129 Abs. 2 Ziff. 2 wird von Leibrenten und "ähnlichen" periodischen Leistungen gesprochen. Im Erläuterungsbericht wird jedoch nicht erläutert, welche periodischen Leistungen "ähnlich" wie Leibrenten sind. Das Adjektiv "ähnlich" fehlt gänzlich. Es erscheint angebracht, entweder auf dieses Adjektiv "ähnlich" auch im Gesetzesentwurf zu verzichten oder dann Beispiele in den Erläuterungen für ähnliche periodische Leistungen einzufügen. Die Variante zu Art. 129 und 130 ist – wie erwähnt – zu verwerfen.

Zu Art. 134 VE-OR

Diese Bestimmung scheint in einem Spannungsverhältnis zu Art. 127 Abs. 3 des VE-OR zu stehen, wonach der Richter die Verjährung nicht von Amtes wegen berücksichtigen darf und der Schuldner somit auch stillschweigend und formlos auf die Verjährungseinrede verzichten kann. Es sollte unseres Erachtens in der Marginalie präzisiert werden, dass es sich hier um die Wirkungen einer Verzichtserklärung gegenüber dem Gläubiger handelt.

Zu Art. 135 Abs. 3 und 141 Abs. 4 VE-OR

Die vorgeschlagenen Varianten in Art. 135 Abs. 3 und 141 Abs. 4 VE-OR erscheinen angesichts des unmittelbaren Forderungsrechts des Gläubigers gegen den Versicherer gerechtfertigt und werden folglich begrüsst.

Zu Art. 136 Abs. 2 VE-OR

Der bedingende Nebensatz "falls sie [die Verjährung] *begonnen* hatte", sollte in "falls sie stillgestanden ist" umformuliert werden.

3. Bemerkungen zu öffentlich-rechtlichen Forderungen im Besonderen

Laut Begleitbericht nicht geändert werden sollen die Gesetze betreffend Zollwesen, Stempelabgaben, Steuern, Wehrpflichtersatz und Verwaltungsstrafrecht, da die dort geregelten Verjährungsfristen einem eigenen Konzept folgen würden. Das Vernehmlassungsergebnis soll zeigen, ob in diesem Gebiet allenfalls eine partielle Angleichung an das allgemeine Verjährungsrecht oder sogar ein Systemwechsel gewünscht sei (vgl. Seite 39 des Erläuterungsberichts zum Vorentwurf).

Aus Sicht des Regierungsrats des Kantons Aargau ist eine solche Angleichung ausdrücklich nicht gewünscht. Insbesondere die relativen Veranlagungs- und Bezugsverjährungsfristen von fünf Jahren erscheinen in der Praxis notwendig. In den zwar verhältnismässig seltenen, aber doch regelmässig vorkommenden komplizierten Einkommens- und Vermögensverhältnissen wird seitens der Behörden die entsprechende Zeit benötigt. Ferner kommt es in der Praxis häufig vor, dass wegen einem hängigen Justizverfahren betreffend der Veranlagung einer früheren Steuerperiode die folgenden Steuerperioden nicht veranlagt werden können, wenn letztere die gleiche Problematik beinhalten. Zudem gibt es Fälle, bei denen aus ver-

schiedensten Gründen mehrere Steuerperioden zusammen veranlagt werden müssen – beispielsweise bei Unklarheiten über eine Steuerauscheidung mit anderen Kantonen. Eine Regelverjährung von drei Jahren wäre in diesen Fällen erheblich zu kurz. Dies würde zu zusätzlichem administrativem Aufwand führen, indem zwei Jahre früher als heute Verjährungsunterbrechungshandlungen vorgenommen werden müssten. Die Verjährungsfristen des Steuerrechts sollen demnach nicht an das allgemeine Verjährungsrecht des Obligationenrechts angeglichen werden.

4. Zur Verjährung von Verlustscheinen (Art. 149a Abs. 1 SchKG)

Gemäss heutigem Art. 149a Abs. 1 des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs (SchKG) verjährt die durch den Verlustschein verurkundete Forderung zurzeit erst 20 Jahre nach der Ausstellung des Verlustscheins. Bis zum 31. Dezember 1996 war ein Verlustschein sogar unverjährbar. Die Verjährung wurde erst mit der grossen SchKG-Revision, welche am 1. Januar 1997 in Kraft getreten ist, eingeführt. Alle Verlustscheine, welche vor dem 1. Januar 1997 ausgestellt wurden, verjähren somit erst am 1. Januar 2017.

Ziel der Revision des Verjährungsrechts gemäss des Erläuterungsberichts zum Vorentwurf ist es, wenn immer sinnvoll die allgemeinen Verjährungsbestimmungen des Obligationenrechts auch in anderen Rechtsgebieten anzupassen respektive als anwendbar zu erklären. In diesem Zusammenhang soll nun auch Art. 149a Abs. 1 SchKG angepasst werden, indem die Verjährungsfrist in Angleichung an Art. 139 Abs. 2 VE-OR neu 10 statt 20 Jahre (Art. 149a Abs. 1, erster Halbsatz VE-SchKG) beträgt.

Der Regierungsrat des Kantons Aargau ist aus verschiedenen Gründen ausdrücklich gegen eine Verkürzung dieser Verjährungsfrist bei Verlustscheinen von heute 20 auf neu 10 Jahre:

Die Gemeinwesen erleiden durch das Nichtbezahlen von Forderungen für diverse Dienstleistungen (unter anderem auch von Steuern) Verluste in Millionenhöhe. Nach Abschluss des Betreibungsverfahrens bleibt nur ein Verlustschein. Diese Verlustscheine werden durch die Gemeinwesen heute professionell bewirtschaftet, indem regelmässig überprüft wird, ob die Schuldner ihren Forderungen in der Zwischenzeit nachkommen können. So wird sichergestellt, dass ein gewisser Prozentsatz der offenen Forderungen – wenn auch oftmals erst nach langen Jahren – wieder eingebracht werden kann.

Es kommt relativ oft vor, dass sich Schuldner finanziell wieder erholen. Bei einer Frist von 20 Jahren ist die Wahrscheinlichkeit für eine finanzielle Gesundung deshalb um einiges grösser als nach nur 10 Jahren.

Für die Erwirkung eines Verlustscheins hat ein Gläubiger bereits einige Kosten aufgewendet. Mit der Verkürzung der Verjährungsfrist von 20 auf 10 Jahre wären Gläubiger vermehrt gezwungen, vor Ablauf der Verjährungsfrist nochmals mit einem Zwangsinkasso (das heisst mit einer erneuten Betreibung) zu versuchen, die Forderung einzutreiben, um die Verjährung zu verhindern. Gläubiger werden vermehrt und früher genötigt sein, erneut Geld für Inkasso-

handlungen auszugeben, obwohl ein Schuldner möglicherweise noch gar nicht zu neuem Vermögen gekommen ist. Nebst den Kosten ist auch mit einem intensiveren administrativen Aufwand zu rechnen. Dieser Aufwand entsteht natürlich auch für die Schuldner, die möglicherweise zu früh wieder mit ihren Forderungen konfrontiert werden müssen.

Aber auch die Betreibungsämter und die Gerichte werden unnötig zusätzlich belastet. Erhebt nämlich der Schuldner Rechtsvorschlag mit der Begründung, er sei nicht zu neuem Vermögen gekommen, legt das Betreibungsamt den Rechtsvorschlag dem Richter des Betreibungsorts vor. Mit der Halbierung der Verjährungsfrist auf 10 Jahre entsteht damit viel zusätzlicher Aufwand für die Inhaber von Verlustscheinen, die Betreibungsämter und die Gerichte.

Eine weitere negative Folge der geplanten Halbierung der Verjährungsfrist wäre die Verringerung des Drucks auf die Schuldner, Versuche zu unternehmen, ihre Verlustscheine zurückzukaufen (das heisst ihre alten Schulden zu begleichen). Die Verkürzung der Verjährungsfrist für Verlostscheine bevorzugt daher die Schuldnerseite zulasten der Gläubigerseite, insbesondere in denjenigen Fällen, bei denen die Schuldner sich überhaupt nicht um ihre finanziellen Verpflichtungen kümmern.

Auch die heute vorhandene präventive Wirkung würde zusehends an Bedeutung verlieren. Schuldner würden praktisch dazu animiert, ihre Schulden nicht mehr zurückzubezahlen, da es möglich ist, auch ohne eigenes Zutun beziehungsweise ohne Bezahlung der Schulden (respektive Tilgung der Verlostscheine) bereits nach 10 Jahren wieder schuldenfrei zu sein. Auch eine bloss zehnjährige Auslandsabwesenheit ist (gegenüber heute 20 Jahren) ein noch überschaubarer Zeitrahmen, um sich seiner Verpflichtungen zu entziehen.

Viele Schuldner gelangen erst nach über 10 Jahren in den Genuss einer Erbschaft. Es wäre unbegreiflich, wenn trotz neuem Vermögen zulasten der Gläubiger die alten Schulden nicht mehr zurückbezahlt werden müssten.

Ferner ist darauf hinzuweisen, dass die Verjährungsfrist von Verlostscheinen gemäss Art. 149a SchKG das Verjährungsrecht insgesamt nicht komplizierter oder heterogener macht. Es handelt sich um eine spezialgesetzliche Norm, die ihre eigene Berechtigung hat. Es bestehen auch keine Unsicherheiten, die beseitigt werden müssten. Die geltende Bestimmung von Art. 149a SchKG ist nicht Teil des Problems des heutigen Verjährungsrechts, das durch die vorliegende Revision behoben werden soll. Eine Verkürzung der Verjährungsfrist auf 10 Jahre wird als nicht im öffentlichen und auch nicht im Interesse der Wirtschaft liegend erachtet. Die Verjährungsfrist für Verlostscheine gemäss Art. 149a SchKG von 20 Jahren soll beibehalten werden.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Vernehmlassung und versichern Sie, sehr geehrte Damen und Herren, unserer ausgezeichneten Wertschätzung.

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATS

Landammann:

Dr. U. Hofmann

Staatsschreiber:

Dr. Peter Grünenfelder

Kopie an:

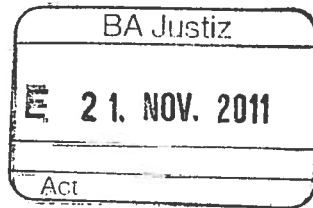
- Departement Volkswirtschaft und Inneres
- Abteilung Register und Personenstand DVI



KANTON
APPENZEL INNERRHODEN

Landammann und Standeskommission

Ratskanzlei
Marktgasse 2
9050 Appenzell
Telefon 071 788 93 25
Telefax 071 788 93 39
karin.rusch@rk.ai.ch
<http://www.ai.ch/>



Bundesamt für Justiz
Bundesrain 20
3003 Bern

Bundesamt für Justiz



BJ-00000000608473

Appenzell, 18. November 2011

**Vernehmlassung zur Revision des Verjährungsrechts
Stellungnahme Kanton Appenzell I.Rh.**

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir beziehen uns auf Ihr Schreiben vom 31. August 2011, mit welchem Sie den Kantonen Gelegenheit zur Stellungnahme zur Revision des Verjährungsrechts geben.

Die Standeskommission hat die Unterlagen geprüft und kann Ihnen mitteilen, dass sie mit der Vorlage einverstanden ist.

Bei der Regelung der absoluten Verjährungsfrist nach Art. 129 und Art. 130 ziehen wir die Variante vor. Sie ist einfacher und dient einer einheitlichen Rechtsanwendung. Zwar wird mit ihr für Personenschäden eine kürzere Verjährung (20 statt 30 Jahre) vorgesehen, im Gegenzug wird aber die Verjährung für alle anderen Schadenersatz- und Genugtuungsforderungen von 10 auf 20 Jahre erhöht wird. Die Verkürzung der Frist für Personenschäden von 30 auf 20 Jahre lässt sich auf dem Weg der Verjährungsunterbrechung ohne grössere Schwierigkeiten ausgleichen, sodass es bei diesen Schäden faktisch auch nicht zu einer namhaften Verkürzung der Verjährung kommt.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen Sie, sehr geehrte Damen und Herren, freundlich.

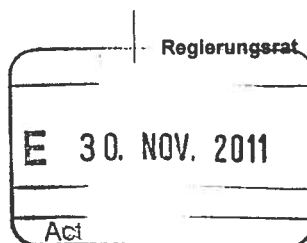
Im Auftrage von Landammann und Standeskommission

Der Ratschreiber:


Markus Dörig

Zur Kenntnis an:

Volkswirtschaftsdepartement Appenzell I.Rh., Marktgasse 2, 9050 Appenzell
Ständerat Ivo Bischofberger, Ackerweg 4, 9413 Oberegg
Nationalrat Daniel Fässler, Weissbadstrasse 3a, 9050 Appenzell



Herisau, 28. November 2011 / RS

Obligationenrecht (Revision des Verjährungsrechts); Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 31. August 2011 wurden die Kantonsregierungen vom Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) eingeladen, sich zur eingangs erwähnten Änderungsvorlage bis zum 30. November 2011 vernehmen zu lassen.

Der Regierungsrat von Appenzell Ausserrhoden nimmt dazu wie folgt Stellung:

Der Regierungsrat begrüsst die zentralen Revisionsanliegen, die in der Vereinheitlichung des Verjährungsrechts, der Verlängerung der Verjährungsfristen und der Beseitigung von Unsicherheiten bestehen.

Zu den einzelnen Bestimmungen sind folgende Bemerkungen zu machen:

Zu Art. 129 und 130 VE-OR

Die in diesen Artikeln festgelegte absolute Verjährungsfrist von zehn bzw. bei Personenschäden dreissig Jahren erscheint sinnvoll. Sie entspricht gemäss den Ausführungen in der Botschaft zudem auch der Regelung unserer Nachbarländer sowie des internationalen Rechts, was zu einer erwünschten Harmonisierung des Rechts führt. Auf die vorgeschlagene Variante, die eine einheitliche absolute Verjährungsfrist von zwanzig Jahren vorsieht, sollte daher aus Sicht des Regierungsrates verzichtet werden, da eine absolute Verjährungsfrist von zehn Jahren genügt. Dem Bedürfnis nach einer längeren Verjährungsfrist bei Personenschäden wird mit der Sonderregelung einer Verjährungsfrist von dreissig Jahren besser Rechnung getragen als mit einer einheitlichen Verjährungsfrist von zwanzig Jahren. Zudem würde mit der Variante eine unerwünschte Differenz zur Regelung unserer Nachbarländer und zum internationalen Recht geschaffen.

Zu Art. 49 VE-SchT ZGB

Gemäss der Variante zu dieser Bestimmung sollen Ansprüche aus Personenschäden, die unter der Geltung der bisherigen Verjährungsregelung infolge Ablaufs der absoluten Verjährungsfrist verjährt waren, mit Inkrafttreten der neuen Regelung erneut durchsetzbar werden. Opfer von Personenschäden, die erst spät zu Tage treten, haben ein achtenswertes Interesse an einem guten Schutz. Diesem steht jedoch das sehr gewichtige



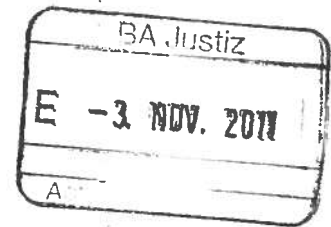
Interesse an der Rechtssicherheit entgegen. Die Parteien sollen sich darauf verlassen können, dass eine Forderung, wenn sie einmal verjährt ist, es auch bleibt. Andernfalls besteht die Gefahr, dass der Schuldner und/oder der Gläubiger im berechtigten Vertrauen auf die nach bisherigem Recht eingetretene Verjährung Dispositionen getroffen haben, die nicht wieder rückgängig gemacht werden können und sich zu ihrem eigenen Nachteil auswirken, wenn die verjährte Forderung gestützt auf eine spätere Rechtsänderung wieder durchsetzbar wird. Wie bei anderen Rechtsänderungen, muss auch im vorliegenden Fall hingenommen werden, dass die Beurteilung eines Sachverhalts unterschiedlich ausfällt, je nach dem ob er sich vor oder nach dem Inkrafttreten des neuen Rechts ereignet hat. Es sollte daher auf die als Variante bezeichnete Regelung verzichtet werden.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag des Regierungsrates


Martin Birchler, Ratschreiber



Bundesamt für Justiz



BJ-00000000620985

Bundesamt für Justiz
3003 Bern

1838

2. November 2011 JGK C

**Obligationenrecht (Revision des Verjährungsrechts)
Vernehmlassung des Kantons Bern**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Für die Möglichkeit, zur Revision des Obligationenrechts (Revision des Verjährungsrechts) Stellung nehmen zu können, danken wir Ihnen bestens.

Wir begrüßen die zentralen Revisionsanliegen, die in der Vereinheitlichung des Verjährungsrechts, der Verlängerung der Verjährungsfristen und der Beseitigung von Unsicherheiten bestehen.

Zu den einzelnen Bestimmungen haben wir folgende Bemerkungen:

Zu Art. 129 und 130 VE-OR

Die in diesen Artikeln festgelegte absolute Verjährungsfrist von zehn bzw. bei Personenschäden dreissig Jahren erscheint uns sinnvoll. Sie entspricht gemäss den Ausführungen in der Botschaft zudem auch der Regelung unserer Nachbarländer sowie des internationalen Rechts, was zu einer erwünschten Harmonisierung des Rechts führt.

Auf die vorgeschlagene Variante, die eine einheitliche absolute Verjährungsfrist von zwanzig Jahren vorsieht, sollte unseres Erachtens verzichtet werden, da eine absolute Verjährungsfrist von zehn Jahren genügt. Dem Bedürfnis nach einer längeren Verjährungsfrist bei Personenschäden wird mit der Sonderregelung einer Verjährungsfrist von dreissig Jahren besser Rechnung getragen als mit einer einheitlichen Verjährungsfrist von zwanzig Jahren. Zudem würde mit der Variante eine unerwünschte Differenz zur Regelung unserer Nachbarländer und zum internationalen Recht geschaffen.

Zu Art. 49 VE-SchT ZGB

Gemäss der Variante zu dieser Bestimmung sollen Ansprüche aus Personenschäden, die unter der Geltung der bisherigen Verjährungsregelung infolge Ablaufs der absoluten Verjährungsfrist verjährt waren, mit Inkrafttreten der neuen Regelung erneut durchsetzbar werden.

Opfer von Personenschäden, die erst spät zu Tage treten, haben ein achtenswertes Interesse an einem guten Schutz. Diesem steht jedoch das unseres Erachtens sehr gewichtige Interesse an der Rechtssicherheit entgegen. Die Parteien sollen sich darauf verlassen können, dass eine



an der Rechtssicherheit entgegen. Die Parteien sollen sich darauf verlassen können, dass eine Forderung, wenn sie einmal verjährt ist, es auch bleibt. Andernfalls besteht die Gefahr, dass der Schuldner und/oder der Gläubiger im berechtigten Vertrauen auf die nach bisherigem Recht eingetretene Verjährung Dispositionen getroffen haben, die nicht wieder rückgängig gemacht werden können und sich zu ihrem eigenen Nachteil auswirken, wenn die verjährte Forderung gestützt auf eine spätere Rechtsänderung wieder durchsetzbar wird. Wie bei anderen Rechtsänderungen, muss auch im vorliegenden Fall hingenommen werden, dass die Beurteilung eines Sachverhalts unterschiedlich ausfällt, je nach dem ob er sich vor oder nach dem Inkrafttreten des neuen Rechts ereignet hat. Unseres Erachtens sollte daher auf die als Variante bezeichnete Regelung verzichtet werden.

Freundliche Grüße
Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident:

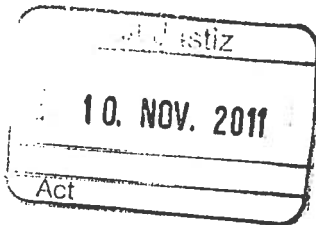
E. P. - 15

Der Staatsschreiber:

h. P. J.



DER REGIERUNGSRAT DES KANTONS BASEL-LANDSCHAFT



An das
Eidgenössische
Justiz- und Polizeidepartement
3003 Bern



Vernehmlassung betreffend Revision des Obligationenrechts (Revision des Verjährungsrechts)

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Einladung zur Stellungnahme. Grundsätzlich begrüssen wird die Absicht, das Verjährungsrecht im Interesse der Rechtsanwendenden zu vereinfachen. Allerdings bezweifeln wir, ob das vorgeschlagene Konzept mit doppelten Fristen auch im Vertragsrecht (absolute und relative Verjährungsfristen) im Vergleich zum heutigen Rechtszustand der Vereinfachung für die Rechtssuchenden und Rechtsanwender dient. Diese Neuerung entspricht nicht dem Anliegen der von der nationalrätlichen Kommission für Rechtsfragen eingereichten Motion 07.3763 "Verjährungsfristen im Haftpflichtrecht". Die Ziele dieser Motion könnten mit einer deutlich schlankeren Revisionsvorlage erreicht werden.

Deshalb schlagen wir vor, von einer Totalrevision des Verjährungsrechts abzusehen und einzig im Haftpflichtrecht eine einheitliche relative Verjährungsfrist von generell 2 Jahren und eine absolute Verjährungsfrist bei Personenschäden von 30 Jahren vorzusehen, indem Artikel 60 des Obligationenrechts und die entsprechenden Spezialgesetze geändert werden.

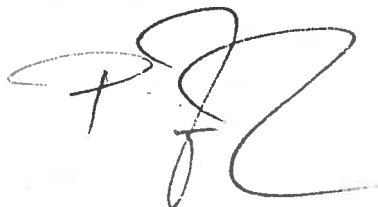
Sollte dennoch am vorgeschlagenen Konzept festgehalten werden, bitten wir Sie zu beachten, dass die heute im öffentlichen Recht bestehenden Verweise auf die Verjährungsfristen des Obligationenrechts nicht von absoluten und relativen Fristen ausgehen. Nach einer Rechtsänderung zu einem Konzept mit doppelten Fristen würde sich die Anschlussfrage stellen, ob die Verweise nun die alten oder die neuen Verjährungsfristen meinen. Wir bitten Sie daher, die Formulierungen der Verweise zu überprüfen.

Weiter ist in der Revisionsvorlage vorgesehen, die Verjährbarkeit von Verlustscheinen von heute 20 auf neu 10 Jahre zu verkürzen.¹ Erst 1997 wurde die Verjährungsfrist von einer Unverjährbarkeit auf 20 Jahre verkürzt. Wir sehen keine sachlichen Gründe, diese Frist des absoluten Verjährungsrechts anzupassen und weiter zu verkürzen. Der Zahlungsausfall eines Schuldners, der immerhin Waren oder Dienstleistungen beim Gläubiger bezogen hat, kann für die Gläubiger einen erheblichen Einschnitt oder gar den Entzug der wirtschaftlichen Existenz darstellen. Beispiel: Erhält ein Schuldner nach 11 Jahren eine grössere Erbschaft, so könnte er diese geniessen, während der Gläubiger nach der im Entwurf vorgeschlagenen Verjährungsverkürzung nicht mehr darauf zugreifen könnte. Dies wäre nicht richtig, daher lehnen wir im Interesse des Gläubigerschutzes die vorgeschlagene Verjährungsverkürzung ab.

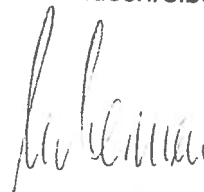
Abschliessend hoffen wir, Ihnen mit unserer Stellungnahme dienen zu können.

Liestal, 8. November 2011

Freundliche Grüsse
Im Namen des Regierungsrats
Der Präsident:



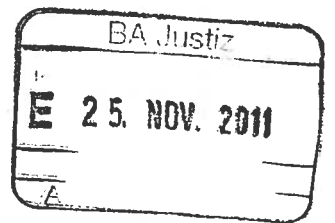
Der Landschreiber:



¹ Artikel 149a Absatz 1 SchKG



Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt



Bundesamt für Justiz



BJ-00000000608518

Staatskanzlei
Marktplatz 9
CH-4001 Basel

Bundesamt für Justiz
3003 Bern

Telefon +41 (0)61 267 85 62
Telefax +41 (0)61 267 85 72
E-Mail staatskanzlei@bs.ch
Internet www.bs.ch

Basel, 23. November 2011

Regierungsratsbeschluss
vom 22. November 2011

P111497

Obligationenrecht (Revision des Verjährungsrechts); Vernehmlassung des Kantons Basel-Stadt

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Kreisschreiben vom 31. August 2011 von Frau Bundesrätin Simonetta Sommaruga wurde dem Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt der Bericht und der Vorentwurf zur Revision des Verjährungsrechts im Obligationenrecht unterbreitet. Gerne übermitteln wir Ihnen nachfolgend unsere Stellungnahme, welche sich auf die uns wichtig erscheinenden Punkte beschränkt.

Im Sinne von Rechtssicherheit und Rechtsklarheit begrüsst der Kanton Basel-Stadt die Vereinheitlichung der unterschiedlichen Verjährungsfristen und die Einführung des doppelten Fristenlaufes für alle Forderungen grundsätzlich. Die neue Systematik scheint eingängig und sinnvoll. Da die Forderung durch Verjährung nicht erlischt, könnte auch eine Anpassung des Titels in „Das Erlöschen der Obligation und die Verjährung“ erwogen werden.

Zu einzelnen Bestimmungen der Revisionsvorlage ist Folgendes zu bemerken:

Variante zu Art. 129/130 VE-OR:

Im Gegensatz zum primären Vorschlag, wonach für die Verjährung von Personenschäden eine verlängerte absolute Verjährungsfrist von 30 Jahren gelten soll, während für Ansprüche aus andern Schäden eine solche von 10 Jahren massgeblich ist, sieht die diesbezügliche Variante keine solche Differenzierung vor. Danach soll vielmehr für sämtliche Forderungen eine absolute Verjährungsfrist von 20 Jahren gelten. Diese Variante ist abzulehnen. Für eine Differenzierung spricht, dass Personenschäden – im Gegensatz zu reinen Vermögensschäden – sich eben wirklich erst Jahrzehnte nach dem schädigenden Ereignis einstellen können. Hinzu kommt, dass 20 Jahre für die Feststellung von Personenschäden unter Umstän-

den eher zu kurz sein können, während die gleiche Frist bei bloss finanziellen Einbussen im Normalfall unnötig lange erscheint. Gegen die Variante spricht schliesslich auch der in der Vernehmlassung erwähnte mögliche Einfluss einer auf 20 Jahre erhöhten allgemeinen Verjährungsfrist auf den Versicherungsmarkt mit der Folge einer Erhöhung der Versicherungsprämien.

Zu Art. 133 VE-OR:

Abs. 3 sieht vor, dass allgemeine Geschäftsbedingungen, die eine Verkürzung der Verjährungsfristen bei Personenschäden vorsehen, nichtig sind. Diese Regelung ist zweifellos richtig, wenn bezüglich der absoluten Verjährungsfristen im obigen Sinne differenziert wird. Es wäre jedoch gerechtfertigt, wenn generell (also nicht bloss bei Personenschäden) eine Verkürzung der Verjährungsfristen durch allgemeine Geschäftsbedingungen ausgeschlossen würde. Bekanntlich sind nach heutigem Recht die in Art. 127 ff. OR geregelten Verjährungsfristen nicht abänderbar (Art. 129 OR). Es ist zwar nichts dagegen einzuwenden, künftig von dieser Beschränkung der Parteiautonomie abzusehen. Indessen ist bei einer generellen Zulassung der Verkürzung von Verjährungsfristen durch allgemeine Geschäftsbedingungen damit zu rechnen, dass in gewissen Bereichen flächendeckend zu Gunsten des Verfassers der AGB kurze Verjährungsfristen vereinbart würden. Gerade im Banken- oder Versicherungsbereich hat der Kunde in der Regel kaum eine Chance, derartige für ihn nachteilige AGB wegzubedingen. In diesem Sinne regt der Kanton Basel-Stadt eine inhaltliche Anpassung der Revisionsvorlage an. Ergänzend ist festzuhalten, dass anstelle der verschiedenen punktuellen Regelungen längerfristig eine zusammenhängende allgemeine gesetzliche Verankerung der AGB-Prinzipien unumgänglich scheint.

Abs. 4 ist missverständlich und unklar formuliert. Zu befürchten ist, dass in einer Vielzahl der Fälle der Beginn der Verjährungsfrist nach vorne verlegt wird, also nicht mehr subjektiv bestimmt ist.

Zu Art. 135 VE-OR:

Für die Variante, wonach eine Abänderung der Verjährungsfrist und ein Verzicht des Gläubigers auf die Erhebung der Verjährungseinrede auch gegenüber dem Versicherer gelten soll, sofern ein direktes Forderungsrecht gegen diesen besteht, sprechen keine zwingenden Gründe. In der Regel dürfte diese Vorschrift zu einer Bevorzugung des Versicherers gegenüber gewöhnlichen Solidarschuldnern führen. Fraglich erscheint überdies der Zusatz „und umgekehrt“, welcher zur Folge hätte, dass ein Verzicht durch den Versicherer gegenüber dem Versicherungsnehmer gelten würde. Die Konsequenzen in der versicherungsrechtlichen Praxis – insbesondere hinsichtlich Rückgriffs des Versicherers auf den Versicherungsnehmer – sind hier nicht abzusehen. Sollte jedoch hier tatsächlich die Variante zum Gesetz werden, so müsste dies jedenfalls konsequenterweise auch für die Variante von Art. 141 Abs. 4 OR gelten, wonach die Unterbrechung der Verjährung durch den Gläubiger gegenüber dem Versicherer auch gegenüber dem Haftpflichtigen gelten soll und umgekehrt, sofern ein direktes Forderungsrecht besteht.

Zu Art. 136 VE-OR

Abs. 3 enthält einen expliziten Vorbehalt nur für das SchKG, andere Spezialgesetze werden nicht erwähnt. Im Sinne der Rechtssicherheit wird folgende Formulierung vorgeschlagen: „Vorbehalten bleiben *insbesondere* die besonderen Vorschriften des Schuldbetreibungs- und Konkursrechts.“

Zu Art. 139 VE-OR:

Abs. 1 sollte dahingehend konkretisiert werden, ob die neuen Verjährungsfristen nach einer Unterbrechung den allfällig gemäss Art. 133 VE-OR vereinbarten oder den gesetzlichen entsprechen sollen.

Variante zu Art. 141 VE-OR:

Die Variante, wonach die Unterbrechung der Verjährung durch den Gläubiger gegenüber dem Versicherer auch gegenüber dem Haftpflichtigen gelten soll und umgekehrt, sofern ein direktes Forderungsrecht besteht, ist in jedem Fall (d.h. unabhängig von der Lösung bei Art. 135 VE-OR) zu bevorzugen, zumal eine solche Regelung schon heute im Strassenverkehrsrecht besteht.

Variante zu Art. 49 VE-SchIT ZGB:

Die Variante sieht in Abs. 2 vor, dass das neue Recht auch dann gelten soll, wenn eine Forderung nach bisherigem Recht bereits absolut verjährt ist, nach den neu geltenden absoluten Verjährungsfristen jedoch noch keine Verjährung eingetreten wäre. Damit würde eine problematische Rückwirkung eintreten, indem bereits verjährte Forderungen wieder zwangsweise durchgesetzt werden könnten. Das Interesse der Rechtssicherheit sollte den Vorrang haben gegenüber dem Interesse, die Opfer von Spätschäden besser zu schützen. Hinzu kommt, dass die Schwierigkeiten bei der praktischen Umsetzung einer solchen Vorschrift sich je nach den Umständen auch zum Nachteil des Opfers auswirken können, z.B. in Form von Kosten für erfolglose Rechtsschritte.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und bitten Sie höflich, die Anliegen des Kantons Basel-Stadt zu berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüssen

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Guy Morin
Präsident

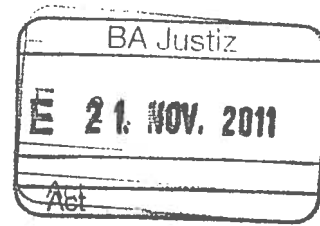


Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Conseil d'Etat CE
Staatsrat SR



Office fédéral de la justice
Bundesrain 20
3003 Berne

Fribourg, le 16 novembre 2011

Code des obligations (Droit de la prescription) : consultation

Madame, Monsieur,

Vous nous avez soumis pour avis le projet cité en titre. Nous vous en remercions.

Nous souscrivons de manière générale aux buts poursuivis par la révision : unification du droit, allongement des délais et amélioration de la sécurité juridique.

En ce qui concerne la fixation du délai absolu de prescription (art. 129-130 CO), nous sommes favorables à la proposition principale qui établit une distinction entre les actions pour dommages corporels, soumises à un délai de prescription de 30 ans, et les autres actions, soumises à un délai de 10 ans. La protection des droits des victimes d'atteintes à la santé nous paraît en effet essentielle ; le fait que le dommage subi soit parfois différé doit être pris en compte dans la réglementation légale.

Nous vous prions de croire, Madame, Monsieur, à l'assurance de notre considération distinguée.

Au nom du Conseil d'Etat :

Erwin Jutzet
Président



Danielle Gagnaux
Chancelière d'Etat



Genève, le 30 novembre 2011

Bundesamt für Justiz



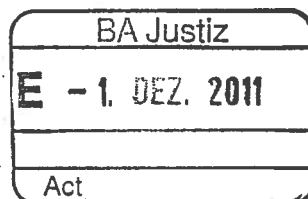
BJ-0000000608614

Le Conseil d'Etat

9472-2011

Madame
Simonetta Sommaruga
Conseillère fédérale
Office fédéral de la Justice
3003 Berne

scanned



**Concerne : Code des obligations (Droit de la prescription)
Ouverture de la procédure de consultation**

Madame la Conseillère fédérale,

Votre courrier du 31 août 2011 nous est bien parvenu et nous vous en remercions.

L'avant-projet de modification du Code des obligations (AP CO) mis en consultation vise, d'une part, à allonger les délais de prescription en matière de responsabilité civile en vue d'une plus longue protection des personnes subissant un dommage différé (amiante, etc.), et, d'autre part, à unifier et à simplifier les règles applicables à l'écoulement du temps.

Le système du double délai est ainsi retenu pour l'ensemble des créances de droit privé. Ce système comporte un délai relatif de trois ans dont le point de départ est subjectif (connaissance du dommage et de la personne du débiteur) et un délai absolu de dix ans dont le point de départ est objectif (exigibilité ou fait dommageable) ; le délai absolu est de trente ans s'il s'agit de dommages corporels, avec une variante qui prévoit un délai unique de vingt ans. Le délai extraordinaire des créances découlant d'actes punissables soumis aux lois pénales (art. 60, al. 2 CO) est supprimé. En outre, les délais peuvent être allongés ou raccourcis conventionnellement (délai relatif: entre un an et dix ans; délai absolu: entre trois et trente ans). Enfin, le régime de la renonciation à la prescription est clarifié.

Le système alliant un délai relatif de trois ans à un délai absolu de dix ans correspond à la tendance internationale, reflétée notamment par les Principes du droit européen des contrats (art. 14:101-14:601) et les Principes d'Unidroit relatifs aux contrats du commerce international 2010.

Dans l'ensemble, les art. **127 à 130 AP CO** sont clairement **approuvés par notre Conseil**, sous les quelques réserves ci-après.

La **variante** propose un délai unique de vingt ans. Un tel délai de durée moyenne peut paraître plus simple du fait qu'il ne requiert aucune distinction. Toutefois, il allongerait beaucoup trop le délai de prescription des prétentions en responsabilité délictuelle ou en enrichissement illégitime (d'un an à vingt ans), comme celui des prétentions contractuelles (de dix ans à vingt ans), cela sans avantage décisif pour les dommages différés. Elle doit être fermement écartée.

Il convient ensuite de relever que le point de départ du délai absolu d'une prétention en enrichissement illégitime (art. 62ss CO), en remise du gain (art. 423 CO) ou des prétentions du gérant contre le maître (art. 422 CO) n'est pas prévu. L'enrichissement illégitime et le gain, notamment, ne résultent pas d'un « fait dommageable » au sens du nouvel article 129 al. 2 AP CO. Il faudra donc **compléter l'art. 129 al. 2 AP CO**, afin qu'il tienne compte des autres hypothèses envisageables.

Quant au délai relatif de l'action en **enrichissement illégitime**, une précision supplémentaire paraît nécessaire pour le cas de l'invalidation : la « connaissance de la créance » au sens de l'art. 129 al. 2 AP CO correspond-elle à la connaissance de l'erreur ou à la déclaration d'invalidation (art. 31 CO) ?

La prescription des **créances d'intérêts** suscite une autre interrogation. Si le nouvel article 129 al. 2 ch. 2 AP CO s'applique, la prescription d'une prestation périodique vaut pour l'ensemble de la créance; cela signifie-t-il que sur un prêt de vingt ans, le créancier qui a négligé de demander le paiement d'intérêts la première année perd après la dixième année la totalité des intérêts non payés?

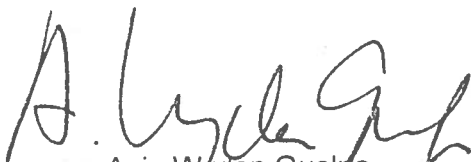
S'agissant enfin de la **modification du point de départ et de la durée du délai relatif**, le nouvel article **133 al. 4 AP CO** fait insuffisamment obstacle aux abus. Si, par exemple, le contrat fixe le délai relatif à une année (ce qu'autorise l'art. 133 al. 1 APCO) et le point de départ du délai relatif à la survenance du dommage (ce qu'autorise l'art. 133 al. 4 AP CO), cela revient semble-t-il à fixer le délai absolu à un an, solution incompatible avec l'article 133 al. 2 AP CO. Il est difficile de déterminer si une telle clause serait valable.

Une dernière question est liée au nouveau délai **en cas d'intervention dans une faillite**. Le nouvel article 138 ch. 4 AP CO prévoit que le délai de prescription interrompu recommence à courir pour une même durée (en général dix ans) lorsque le créancier retrouve le droit d'agir après une faillite. Or, après une faillite, le créancier ne peut agir que s'il est au bénéfice d'un acte de défaut de biens et si le débiteur revient à meilleure fortune (art. 265 al. 2 LP). L'acte de défaut de biens rallonge le délai de prescription à vingt ans (art. 149a LP, auquel renvoie l'art. 265 LP). Cette contradiction entre la LP (prolongation de vingt ans) et le nouveau droit proposé (prolongation de dix ans) devra impérativement être levée.

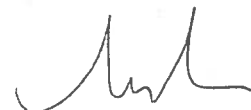
En vous remerciant de nous avoir consultés, nous vous prions de croire, Madame la Conseillère fédérale, à l'assurance de notre haute considération.

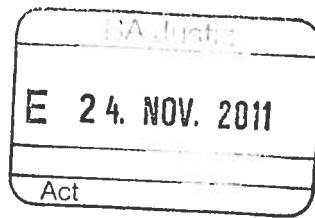
AU NOM DU CONSEIL D'ÉTAT

La chancelière :


Anja Wyden Guelpa

Le président :


Mark Muller



Glarus, 22. November 2011
Unsere Ref: 2011-161

Vernehmlassung i. S. Obligationenrecht (Revision des Verjährungsrechts)

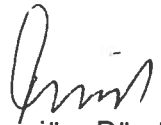
Hochgeachtete Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement EJPD gab uns in eingangs genannter Angelegenheit die Möglichkeit zur Stellungnahme. Die vorgesehene Gesetzesanpassung wird von uns befürwortet. Auf weitere Bemerkungen möchten wir vorliegend entsprechend verzichten.

Genehmigen Sie, hochgeachtete Frau Bundesrätin, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Für den Regierungsrat


Röbi Marti
Landammann


Hansjörg Dürst
Ratsschreiber

versandt am: 23. Nov. 2011



Sitzung vom

22. November 2011

Mitgeteilt den

22. November 2011

Protokoll Nr.

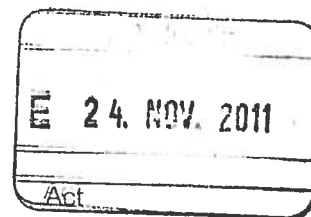
1044

Bundesamt für Justiz
3003 Bern

Bundesamt für Justiz



BJ-0000000608505



Vernehmlassung

Obligationenrecht (Revision des Verjährungsrechts)

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Wir beziehen uns auf Ihr Schreiben vom 31. August 2011 in erwähnter Sache und bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme. Gerne machen wir wie folgt davon Gebrauch.

Wir begrüßen die Vereinheitlichung des Verjährungsrechts wie auch die Verlängerung der Verjährungsfristen und insbesondere die Beseitigung von Unsicherheiten in diesem Zusammenhang. Namentlich ist nicht ersichtlich, weshalb die deliktsrechtlichen Verjährungsfristen und der Beginn des Fristenlaufs nicht einheitlich geregelt werden sollen. Ausserdem macht es wenig Sinn, verschiedene Verjährungsfristen für ausservertragliche und vertragliche Schadenersatzansprüche vorzusehen. Der Vorentwurf strebt nun die Harmonisierung solcher Sachverhalte an. Nach dem Konzept der doppelten Verjährungsfristen sollen sämtliche Forderungen daher einer kürzeren relativen und einer längeren absoluten Verjährungsfrist unterstehen. Die relative Verjährungsfrist soll von einem auf drei Jahre verlängert werden, die absolute wie bis anhin zehn Jahre betragen. Eine Abweichung davon bzw. die Heraufsetzung der absoluten Frist auf 30 Jahre bei Personenschäden macht Sinn, zumal damit allfällige Schadenersatzforderungen aufgrund von Langzeitschäden (z.B. wegen Asbest) nicht vereitelt werden.

Ablehnend stehen wir der Variante zu Art. 129/130 VE-OR gegenüber. Eine einheitliche absolute Verjährungsfrist für Personen-, Sach- oder reine Vermögensschäden rechtfertigt sich nicht, zumal die Rechtsgüter bzw. Eingriffe in dieselben verschieden wiegen. Der Schutz der Gesundheit und Sicherheit von Menschen und Tieren sowie der Umwelt ist höher zu werten als reine Sach- und Vermögensschäden. Zudem müssten damit die bereits heute geltenden dreissigjährigen Fristen, die im Gentechnikgesetz festgelegt sind, herabgesetzt werden.

Im Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs (SchKG; SR 281.1) wird anstelle der allgemeinen Verjährungsregel für die mit Verlustschein verurkundeten Forderungen die spezielle Ordnung von Art. 149a SchKG beibehalten. Die Frist soll aber in Angleichung an den OR-Entwurf neu zehn statt zwanzig Jahre betragen (Art. 149a Abs. 1 erster Halbsatz VE-SchKG). Diese Verkürzung der Frist ist unseres Erachtens annehmbar.

Im erläuternden Bericht zum Vorentwurf vermissen wir konkretere, ausführlichere Hinweise auf die Parlamentarische Initiative 06.490 "Mehr Schutz der Konsumentinnen und Konsumenten. Änderung von Artikel 210 OR". Es ist uns unverständlich, weshalb hier keine bessere Koordination erfolgt. Mit der vorliegenden OR-Revision werden die Anliegen der erwähnten Initiative bezüglich des Kaufrechts mehr als erfüllt, und dies noch um einiges griffiger, einfacher und sinnvoller. Zudem findet mit dem vorliegenden Vorentwurf – im Gegensatz zum Vorschlag zur Änderung von Art. 210 OR gemäss Initiative – eine Angleichung ans internationale Recht statt. Mit Vernehmlassung vom 31. August 2010 (Prot.Nr. 805) ans Bundesamt für Justiz haben wir die Vorlage im Zusammenhang mit der Initiative 06.490 aufgrund deren Unausgewogenheit denn auch abgelehnt, allerdings mit dem Hinweis, dass wir hinter dem Ziel der Sache, die Konsumentinnen und Konsumenten besser zu schützen, stehen.

Freundliche Grüsse

Namens der Regierung

Der Präsident:

Der Kanzleidirektor:



Dr. Martin Schmid

Dr. Martin Schmid

Dr. C. Riesen

Dr. C. Riesen

Bundesamt für Justiz



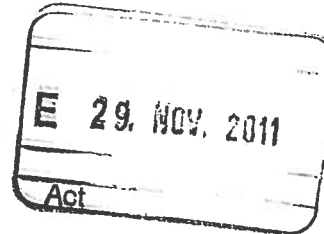
BJ-00000000608564

Hôtel du Gouvernement
2, rue de l'Hôpital
CH-2800 Delémont

t +41 32 420 51 11
f +41 32 420 72 01
chancellerie@jura.ch

Hôtel du Gouvernement – 2, rue de l'Hôpital, 2800 Delémont

Madame
Simonetta Sommaruga
Conseillère fédérale
Cheffe du Département fédéral
de justice et police
3003 Berne



Delémont, le 22 novembre 2011

Code des obligations (Droit de la prescription) Procédure de consultation

Madame la Conseillère fédérale,

Le Gouvernement de la République et Canton du Jura vous transmet sa réponse à la procédure de consultation citée en marge. Il vous remercie de l'avoir associé à la consultation.

Il faut en préambule constater que l'avant-projet se veut particulièrement ambitieux.

En réponse à une motion demandant une prolongation des délais de prescription s'agissant des dommages différés, il tend en effet à une véritable unification du droit civil de la prescription.

L'intention est digne d'intérêt et, sur le principe, le Gouvernement de la République et Canton du Jura peut y souscrire, moyennant toutefois les quelques réserves suivantes.

1. En matière contractuelle, le régime proposé conduit à une réduction parfois très importante du délai de prescription puisque, dans la plupart des cas, le délai relatif de trois ans aura commencé à courir en même temps que le délai absolu de dix ans.

Le principe d'une telle réduction n'est certes pas à rejeter a priori, car il faut admettre que ses conséquences devraient rester supportables pour les personnes concernées.

Il faut malgré tout relever certains cas qui interpellent, comme celui de la créance du travailleur pour ses services. S'agissant de démarches de recouvrement entreprises au terme des rapports de travail, par exemple pour des heures supplémentaires, la réduction du délai de prescription pourra avoir une incidence non négligeable pour le travailleur.

2. Il faut en outre craindre que la liberté de modifier les délais relatif et absolu de prescription qu'il est prévu d'accorder aux parties (art. 133 AP-CO) ne soit en réalité surtout qu'un moyen de réduire les délais de prescription au détriment de la partie considérée comme faible.

Pour revenir à l'exemple cité ci-dessus, les prétentions du travailleur pourraient en définitive être réduites conventionnellement uniquement à la dernière année de travail alors que le droit actuel garantit que de telles prétentions puissent porter sur les cinq dernières années.

Dans ces conditions, nous ne sommes pas favorables à la liberté de modifier de façon générale les délais de prescription conférée par l'art. 133 AP-CO. A titre de mesure intermédiaire, on pourrait admettre une telle liberté limitée aux rapports entre commerçants.

3. Le Gouvernement de la République et Canton du Jura n'est pas favorable à une réduction de vingt à dix ans du délai de prescription pour la créance constatée par un acte de défaut de biens (art. 149a, al. 1, AP-LP).

Il considère à cet égard qu'un simple "souci de cohérence" n'est pas de nature à convaincre, surtout si l'on se rappelle que de telles créances étaient encore imprescriptibles il y a peu. Au fond, aucun motif ne paraît justifier une telle réduction.

4. Parmi les variantes proposées s'agissant du délai absolu de prescription applicable en matière de dommages corporels, le Gouvernement de la République et Canton du Jura estime que le délai spécial de trente ans tel que prévu par l'art. 130 AP-CO est le plus approprié.

Un délai absolu général de vingt ans prévu en variante ne répond par contre pas à un besoin et ne paraît au demeurant pas souhaitable.

Si un délai de vingt ans devait être considéré comme suffisant en matière de dommages corporels différés, nous pourrions cela étant admettre une réduction en conséquence du délai spécial prévu par l'art. 130 AP-CO.

5. L'alinéa 3 de l'art. 134 AP-CO est problématique à plusieurs titres.

D'une part, la disposition n'indique pas de quelle manière sera déterminée la durée de la prolongation lorsque le débiteur ne s'est pas prononcé sur cette question.

D'autre part, à supposer que la durée de la prolongation se détermine conformément à l'al. 2 de l'art. 134 AP-CO, on ignore si la forme écrite prescrite par l'al. 1 de l'art. 134 AP-CO s'applique également.

6. Le Gouvernement de la République et Canton du Jura est favorable, pour le cas où il existe un droit d'action direct contre l'assureur, à la nouveauté proposée en variante aux art. 135, al. 3 et 141, al. 4, AP-CO.
7. Contrairement à ce que sa note marginale laisse supposer, l'art. 129 AP-CO ne règle pas uniquement le cas général. Son alinéa 2 traite en effet déjà de cas particuliers.

8. S'agissant enfin du droit intertemporel, nous soutenons la version excluant tout effet rétroactif, telle que prévue par l'art. 49, al. 1, Titre final, AP-CC.

La sécurité du droit doit, sur ce point, l'emporter sur l'intérêt des victimes de dommages différés à pouvoir faire valoir à l'avenir des prétentions déjà prescrites selon le droit actuel.

En vous remerciant de nous avoir associés à la consultation, nous vous prions de croire, Madame la Conseillère fédérale, à l'expression de notre parfaite considération.

AU NOM DU GOUVERNEMENT DE LA
RÉPUBLIQUE ET CANTON DU JURA

Philippe Receveur
Président

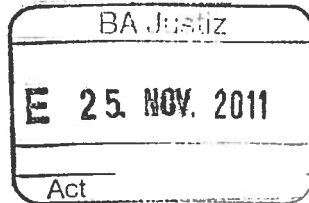



Sigismond Jacquod
Chancelier d'État



Justiz- und Sicherheitsdepartement

Bahnhofstrasse 15
Postfach 3768
6002 Luzern
Telefon 041 228 59 17
Telefax 041 228 67 27
justiz@lu.ch
www.lu.ch



Bundesamt für Justiz
3003 Bern

Luzern, 22. November 2011 / Protokoll-Nr. 1251

Obligationenrecht (Revision des Verjährungsrechts); Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Direktor
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme im oben erwähnten Vernehmlassungsverfahren. Im Namen und Auftrag des Regierungsrats äussern wir uns zur Vernehmlassungsvorlage wie folgt:

1. Grundsätzliche Bemerkungen

Wir begrüßen die Hauptziele der Vernehmlassungsvorlage.

2. Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen

Artikel 127 Absatz 2 OR

Das Leistungsverweigerungsrecht des Schuldners gründet nicht allein auf dem Ablauf der Verjährungsfrist, sondern erfordert die entsprechende Einrede (vgl. S. 23 erläuternder Bericht). Wir regen eine entsprechende Konkretisierung des Gesetzestextes an.

Artikel 127 Absatz 3 OR

Da unter Umständen nicht nur das Gericht, sondern auch andere staatliche Behörden mit der Verjährungsfrage konfrontiert sein können (z.B. Betreibungsbehörden) schlagen wir folgende Formulierung vor:

³ Die Verjährung darf nicht von Amtes wegen berücksichtigt werden.

Artikel 129 Absatz 1 OR

Zwecks Klarstellung, dass die relative Verjährungsfrist nicht über das Ende der absoluten hinausreicht, regen wir folgende Ergänzung an:

¹ Die absolute Verjährungsfrist endet in jedem Fall spätestens ...

Artikel 129 Absatz 2 Ziffer 2 OR

Der geltende Artikel 128 Ziffer 1 OR spricht von periodischen Leistungen schlechthin, wohingegen sich der Entwurf von Artikel 129 Absatz 2 Ziffer 2 OR auf Leibrenten und ähnliche periodische Leistungen zu beschränken scheint. Unklar bleibt, was mit ähnlichen periodischen Leistungen gemeint ist und ob periodische Leistungen, die keine Ähnlichkeit zu den Leibrenten aufweisen, unter diese Regelung fallen sollen oder nicht.

Artikel 129 und Artikel 130 OR

Wir bevorzugen die Variante einer Verjährungsfrist von zehn Jahren gegenüber der Variante einer Verjährungsfrist von 20 Jahren.

Artikel 131 Absatz 2 OR

Wir verweisen auf unsere Bemerkungen zu Artikel 129 Absatz 2 Ziffer 2 OR.

Artikel 132 Absatz 1 OR

Unseres Erachtens kann eine Verjährung nicht im eigentlichen Sinn beendet sein, sondern die Verjährung tritt ein beziehungsweise die Verjährungsfrist läuft ab.

Artikel 132 Absatz 2 OR

Wir schlagen folgende Ergänzung vor:

² Im Übrigen gelten die Vorschriften für die Fristberechnung bei der Erfüllung der Obligationen auch für die Verjährung.

Artikel 133 OR

Wir regen an, zu ergänzen, dass die Abänderung durch Abrede erfolgt.

Artikel 135 Absatz 2 OR

Die Formulierung "unter mehreren Schuldnern" beruft sich auf deren Innenverhältnis, was wohl kaum die Meinung sein dürfte (vgl. auch die vorgeschlagene Formulierung von Art. 141 Abs. 1 und 3 OR). Wir schlagen folgende Formulierung vor:

² Dasselbe gilt gegenüber mehreren Schuldnern einer unteilbaren Leistung und gegenüber dem Bürgen beim Verzicht des Hauptschuldners.

Zudem sprechen wir uns dafür aus, die Variante (Abs. 3) ins Gesetz aufzunehmen.

Artikel 141 OR

Wir sind mit der vorgeschlagenen Variante (Abs. 4) einverstanden.

3. Weitere Bemerkungen

Es stellt sich die Frage, ob die Einordnung der Verjährungsregeln im dritten Titel der ersten Abteilung des OR sinnvoll ist. Die Verjährung einer Obligation führt nicht per se zu deren Erlöschen, sondern ermöglicht dem Schuldner, eine Verjährungseinrede zu erheben. Allenfalls lässt sich diese Problematik durch eine Änderung der Überschrift des dritten Titels der ersten Abteilung des OR lösen, zumal auch der Haufterlösungsgrund der Obligationen, nämlich deren Erfüllung, nicht in den Artikeln 114 ff. OR, sondern in den Artikeln 68 ff. OR geregelt ist.

Bei der Anpassung der Verjährungsbestimmungen in den übrigen Bundesgesetzen wurde unter anderem der Steuerbereich noch nicht berücksichtigt. Hier soll das Vernehmlassungsergebnis zeigen, ob in diesem Gebiet allenfalls eine partielle Angleichung an das allgemeine Verjährungsrecht gewünscht ist (vgl. S. 39 erläuternder Bericht). Wir sprechen uns bereits

an dieser Stelle gegen eine solche Angleichung aus. Eine Steuerforderung wird in einem Verfahren mit mehreren Beteiligten festgelegt. Die Steuerbehörden müssen dabei teilweise das Tätigwerden von Drittpersonen abwarten (z.B. Einreichen der Unterlagen durch die steuerpflichtige Person, Steuerauscheidung durch die Wohnsitz- bzw. Sitzbehörde). Es macht daher Sinn, zwischen einer Veranlagungs- und einer Bezugsverjährung zu unterscheiden. Die vorgeschlagene Verjährungsregelung des OR würde diesen spezifischen Gegebenheiten zu wenig Rechnung tragen. Sie würde zudem zu einer massiven Verkürzung der Fristen zulasten der Steuergläubiger führen.

Freundliche Grüsse

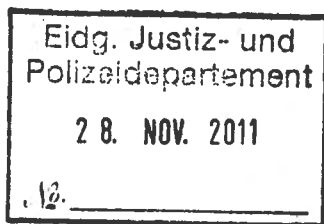


Yvonne Schärli-Gerig
Regierungsrätin

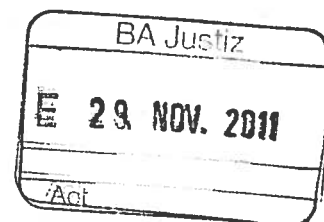


LE CONSEIL D'ÉTAT

DE LA RÉPUBLIQUE ET
CANTON DE NEUCHÂTEL



Madame la Conseillère fédérale
Simonetta Sommaruga
Département fédéral
de justice et police
3001 Bern



Révision du droit de la prescription – ouverture de la procédure de consultation

Madame la Conseillère fédérale,

C'est avec grand intérêt que nous avons pris connaissance du rapport de votre département relatif à l'avant-projet "droit de la prescription".

Outre qu'elle concerne un nombre considérable de dispositions, dispersées dans 32 lois fédérales, dont le code des obligations et le code civil, la révision proposée touche une composante essentielle de la sécurité du droit, à savoir l'effacement d'une créance par l'effet du temps.

Depuis plusieurs années, la communauté juridique appelle de ses vœux une harmonisation du droit de la prescription. Le système juridique helvétique dans ce domaine est en effet une construction compliquée et hétérogène de dispositions éparses qui représente parfois un "casse-tête" pour les praticiens, que l'on soit en présence de créances découlant d'obligations contractuelles, d'actes illicites ou d'enrichissement illégitime.

Une révision fondamentale du régime de la prescription s'impose donc dans la triple perspective de l'unification des règles applicables, de l'allongement des délais de prescription et d'une sécurité juridique accrue.

Or, l'avant-projet qui nous est soumis nous paraît répondre parfaitement à ces objectifs.

La reprise à cet égard du concept du double délai, relatif et absolu, ne nuit nullement à la sécurité du droit; cette duplicité dans le point de départ des délais de prescription permet au contraire au créancier de faire valoir ses droits longtemps après le fait générateur d'obligation, lorsque le dommage est encore latent. Cela paraît d'autant plus justifié s'agissant d'atteintes à l'intégrité corporelle, dont l'histoire moderne relative à l'amiante ou l'administration de certains médicaments a tragiquement montré qu'elles peuvent apparaître de nombreuses années après l'événement dommageable. Un délai absolu de 30 ans pour invoquer ce genre de dommage différé nous paraît donc adéquat.

Nous saluons également l'innovation relative aux créances découlant d'actes illicites, consistant à supprimer la référence aux délais de prescription pénaux qui ne faisait qu'accroître l'insécurité juridique liée à la multiplicité des normes applicables.

Le commentaire détaillé des dispositions du projet de loi est au surplus clair et convaincant et nous pouvons nous y rallier, avec les deux réserves suivantes.

En premier lieu, nous constatons que le délai de deux ans pour faire valoir des créances dérivant du contrat d'assurance prévu à l'article 46 de la loi sur le contrat d'assurance (LCA) n'a pas été modifié. Ce délai, relativement court, semble donc constituer une exception au délai de prescription unifié que la révision entend précisément rendre applicable à toutes les relations contractuelles de droit privé. Est-ce un oubli ou une omission délibérée ?

Par ailleurs, nous nous interrogeons sur la portée du nouvel article 201 alinéa 4 CO et la suppression des alinéas 1 et 3 de l'article 210 CO, modifications relatives à la durée de la garantie dans le contrat de vente. Concrètement, ces dispositions signifient que si l'acheteur n'a pas invoqué les défauts de la chose dans le délai de deux ans à compter de la livraison, celle-ci est réputée acceptée et l'acheteur perd son droit à la garantie. Le rapport explicatif précise qu'il s'agit là d'un délai de péremption et non de prescription. Ainsi, le délai de garantie dans le contrat de vente, tel qu'il est proposé dans l'avant-projet, échappera à la liberté des parties; cela nous paraît être contraire tant à l'intérêt tant du vendeur, qui ne pourra plus utiliser la prolongation de la garantie comme un argument commercial, qu'à celui du consommateur, qui devra se contenter d'une garantie limitée à deux ans. Est-ce réellement un effet voulu par cette modification ?

Pour le reste, notre Conseil est favorable aux modifications proposées.

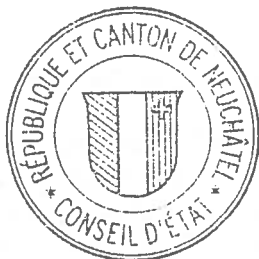
Vous remerciant d'avoir soumis ce projet à notre consultation, nous vous prions de croire, Madame la Conseillère fédérale, à l'assurance de notre parfaite considération.

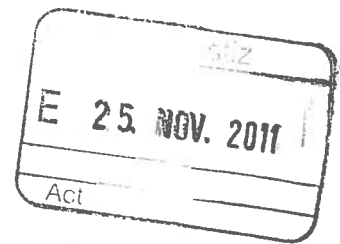
Neuchâtel, le 23 novembre 2011

Au nom du Conseil d'Etat:

La présidente,
G. ORY

La chancelière,
S. DESPLAND





CH-6061 Sarnen, Postfach 1562, Staatskanzlei

A-Post
Bundesamt für Justiz
Bundesrain 20
3003 Bern



Referenz/Aktenzeichen: OWSTK.978
Unser Zeichen: sp

Sarnen, 23. November 2011

Revision des Verjährungsrechts: Vernehmlassung.

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Einladung zur Vernehmlassung zur Revision des Verjährungsrechts. Gerne nehmen wir wie folgt dazu Stellung:

Grundsätzliche Bemerkungen

Die Bestrebungen zur Vereinheitlichung des Verjährungsrechts und zur Beseitigung der Unsicherheiten im Verjährungsrecht sind grundsätzlich zu begrüssen. Die bestehenden Gesetzesbestimmungen führen in der Rechtsanwendung oft zu Unklarheiten und selbst die Lehre und die bundesgerichtliche Rechtsprechung sind sich nicht in allen Fragen des Verjährungsrechts einig. Eine Vereinfachung führt zu mehr Rechtssicherheit.

Relative Frist (Art. 128)

Insoweit die Revisionsvorlage eine Verkürzung der Verjährungsfristen bei vertraglichen Forderungen zur Folge hat, ist sie grundsätzlich abzulehnen. Es trägt nicht zur Rechtssicherheit bei, wenn für vertragliche Forderungen neu eine relative Verjährungsfrist von drei Jahren eingeführt wird. Diese Neuerung würde mit Sicherheit zu einer vermehrten Hektik im Rechts- und Wirtschaftsleben führen. Unter Berücksichtigung der Bestrebungen zur Vereinheitlichung der Verjährungsfristen einerseits und der negativen Auswirkungen einer Verkürzung andererseits schlagen wir für alle Forderungen eine einheitlich relative Frist von fünf Jahren vor.

Absolute Frist (Art. 129 und 130)

Wir lehnen die vorgeschlagene absolute Frist von zehn Jahren im Allgemeinen und dreissig Jahren bei Personenschäden ab und unterstützen die Variante mit einer Verjährungsfrist von zwanzig Jahren für alle Forderungen. Eine Frist von zwanzig Jahren für alle Forderungen führt zu einer wesentlichen Vereinheitlichung und Vereinfachung im Verjährungsrecht. Gleichzeitig wird mit dieser Variante ver-

hindert, dass die Verjährungsfrist für Verlustscheine zulasten der Gläubiger von heute 20 auf neu zehn Jahre verkürzt wird.

Abänderbarkeit der Verjährungsfristen (Art. 133)

Die Möglichkeit der Abänderbarkeit der Verjährungsfristen ist abzulehnen. Die Regelung führt zu einer Rechtsunsicherheit im Wirtschaftsleben. Angesichts der Tatsache, dass viele allgemeine Geschäftsbedingungen von den Konsumentinnen und Konsumenten nicht zur Kenntnis genommen werden, ist damit zu rechnen, dass kaum jemand mehr weiss, welche Verjährungsfrist im konkreten Fall gilt. Verjährungsfristen sollen für alle verbindlich auf Gesetzesstufe festgelegt werden.

Verzicht auf Verjährungseinrede (Art. 134)

Die vorgeschlagene Regelung des Verzichts auf die Verjährungseinrede ist zu begrüssen. Es ist sachgerecht, dass der Verjährungsverzicht für zehn Jahre ab Verjährungseintritt erklärt werden kann. Dadurch entfällt die Notwendigkeit, immer wieder von neuem Verjährungsverzichte einzuholen bzw. auszusprechen, wenn z.B. Abklärungen einer gerichtlichen Geltendmachung der Forderung noch entgegenstehen.

Wirkung der Abänderung der Fristen und des Verzichts auf die Verjährungseinrede gegenüber Dritten (Art. 135)

Die Variante mit Absatz 3 wird unterstützt. Es ist sachlich vertretbar, dass die Abänderung von Fristen und der Verzicht auf die Verjährungseinrede im Rahmen dieser Konstellation gelten sollen.

Unterbrechung und Neubeginn der Frist (Art. 138 Abs. 2 Ziff. 3)

Es ist zu begrüssen, dass die Verjährung auch durch Einlegung eines Rechtsmittels unterbrochen und erst nach Abschluss des gerichtlichen Verfahrens wieder neu zu laufen beginnt. Die Parteien werden damit von der Notwendigkeit entbunden, während der Dauer des gerichtlichen Verfahrens, welches im Einzelfall längere Zeit dauern kann, die Verjährung im Auge zu behalten und jeweils rechtzeitig verjährungsunterbrechende Handlungen vorzunehmen. Damit dürfte eine potenzielle Prozessfalle für die Parteien wegfallen.

Wirkung der Unterbrechung unter Mitverpflichteten (Art. 141)

In Kohärenz zu Art. 135 Abs. 3 wird bei Art. 141 die Variante mit Absatz 4 ebenfalls unterstützt.

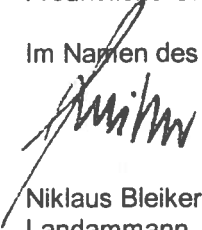
Abschaffung der ausserordentlichen Verjährungsfrist für Forderungen aus strafbaren Handlungen (Art. 60 Abs. 2 OR bisher)

Die Abschaffung der ausserordentlichen Verjährungsfrist für Forderungen aus strafbaren Handlungen wird unterstützt.

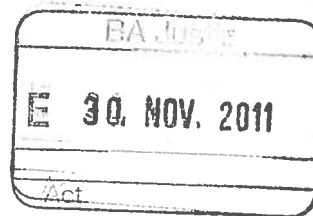
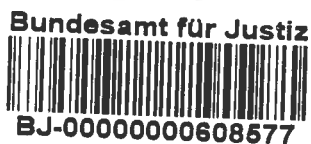
Wir danken Ihnen, sehr geehrte Frau Bundesrätin, sehr geehrte Damen und Herren, für die Berücksichtigung unserer Ausführungen.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrats


Niklaus Bleiker
Landammann


Dr. Stefan Hossli
Landschreiber



Regierung des Kantons St.Gallen, Regierungsgebäude, 9001 St.Gallen

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement
3003 Bern

Regierung des Kantons St.Gallen
Regierungsgebäude
9001 St.Gallen
T +41 58 229 32 60
F +41 58 229 38 96

St.Gallen, 28. November 2011

Änderung des Obligationenrechts (Revision des Verjährungsrechts): Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Mit Schreiben vom 31. August 2011 haben Sie uns die erwähnte Vorlage zur Stellungnahme unterbreitet.

Wir sind mit den vorgeschlagenen Änderungen im Grundsatz einverstanden. Einzelne Bemerkungen und unsere Präferenzen zu den vorgeschlagenen Varianten wollen Sie dem Anhang entnehmen.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Im Namen der Regierung

Karin Keller-Sutter
Präsidentin



Canisius Braun
Staatssekretär

RRB 2011/801 / Schreiben



Beilage:
– Anhang

A n h a n g

zur Vernehmlassung der Regierung des Kantons St.Gallen zur Änderung des Obligationenrechts (Revision des Verjährungsrechts)

1. Bemerkungen zu Varianten

1.1 Variante zu Art. 129/130 VE-OR

Es ist stossend, wenn Schadenersatzansprüche verjähren, bevor der Geschädigte überhaupt bemerkt hat, dass er geschädigt worden ist. Zu denken ist etwa an Spätschäden durch Asbestexposition oder durch gesundheitsbelastende Strahlen. Um diese Problematik wirksam zu entschärfen, scheint eine 30-jährige absolute Verjährungsfrist bei Forderungen aus Personenschäden, wie sie in Art. 130 des Vorentwurfs zum Obligationenrecht (abgekürzt VE-OR) vorgesehen ist, als geeignet. Wir ziehen Art. 129 und Art. 130 VE-OR deshalb der Variante zu Art. 129/130 VE-OR vor.

1.2 Variante zu Art. 49 Schlusstitel zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch (SR 210) gemäss VE-OR

Die Variante verbessert rückwirkend die Situation von durch Spätschäden Geschädigten. Die Variante steht allerdings dem Grundsatz der Rechtssicherheit entgegen. Sie hätte zur Folge, dass rechtskräftig entschiedene Fälle neu aufgerollt werden könnten. Aus diesem Grund wird die Variante abgelehnt.

2. Bemerkungen zu einzelnen Artikeln

2.1 Art. 133 VE-OR

Die in Art. 133 VE-OR vorgesehene Möglichkeit, die Verjährungsfristen vertraglich abzuändern, wird grundsätzlich unterstützt. Es ist vorgesehen, dass Verträge über Abänderung der Verjährungsfrist formfrei abgeschlossen werden können. Im Interesse der Rechtssicherheit und aus Beweisgründen sollte die einfache Schriftlichkeit im Sinn von Art. 12 OR als Gültigkeitserfordernis vorgeschrieben werden.

In arbeitsrechtlicher Hinsicht stellt sich noch folgende Frage: Führt die Bestimmung von Art. 341 Abs. 1 OR dazu, dass die Änderung von Verjährungsfristen zulasten der Arbeitnehmenden während des Arbeitsverhältnisses und einen Monat nach dessen Beendigung ungültig ist? Oder anders gesagt, ist Art. 341 Abs. 1 OR als Spezialbestimmung zu Art. 133 VE-OR zu verstehen? Wir regen an, diese Frage in den Erläuterungen zu klären.

2.2 Art. 140 VE-OR

Auf diese Bestimmung zu den Wirkungen der Unterbrechung sollte verzichtet werden, da mit der Formulierung "die aus dem gleichen Rechtsgrund neben der betreffenden Forderung (...) stehen" eher mehr Fragen aufgeworfen als beantwortet werden. Es sollte stattdessen weiterhin auf die bestehende Rechtsprechung abgestellt werden.

2.3 Art. 72 Abs. 3 Satz 2 des Bundesgesetzes über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (SR 830.1; abgekürzt ATSG) gemäss VE-OR

Eine Sonderbestimmung zur relativen dreijährigen Verjährungsfrist ist einerseits nötig, da es erfahrungsgemäss oftmals länger als drei Jahre dauert, bis klar ist, welcher Versicherungsträger definitiv leistungspflichtig ist. Würde auf eine Sonderbestimmung verzichtet, so wäre die Durchsetzung des Regresses gefährdet. Andererseits vermag die vorgeschlagene Bestimmung nicht zu überzeugen, da es nicht sein kann, dass ein Regresspflichtiger - obwohl die Versicherung Kenntnis von Schaden und Schädiger hat – u.U. während Jahrzehnten im Ungewissen belassen wird, ob er nun belangt wird oder nicht.

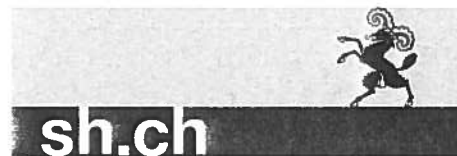
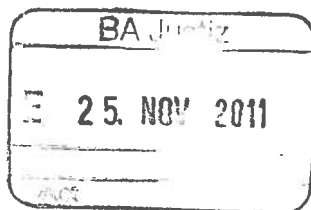
Vor diesem Hintergrund teilen wir zwar die Ansicht, dass es eine Sonderbestimmung braucht. Allerdings vermag der vorgeschlagene Art. 72 Abs. 3 Satz 2 ATSG nicht zu überzeugen.

3. Abschliessende Bemerkungen

Im Bericht zum Vorentwurf fehlen weitgehend Überlegungen darüber, wie die Revision die Wirtschaft und Gesellschaft beeinflussen würde. Nicht dargestellt ist, welche Akteure hauptsächlich davon betroffen wären und wie sich deren Verhalten verändern würde. Auf den ersten Blick dürfte die Revision erheblichen Einfluss auf das Privat- und Sozialversicherungswesen, auf familienrechtliche Unterstützungsleistungen sowie auf arbeitsrechtliche Forderungen haben. Es wird angeregt, dies nachzuholen.

Kanton Schaffhausen
Regierungsrat

Beckenstube 7
CH-8200 Schaffhausen
www.sh.ch



Telefon +41 (0)52 632 71 11
Fax +41 (0)52 632 72 00
staatskanzlei@ktsh.ch

Bundesamt für Justiz



BJ-00000000608514

Bundesamt für Justiz
3003 Bern

Schaffhausen, 22. November 2011

Obligationenrecht (Vernehmlassung zur Revision des Verjährungsrechts)

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 31. August 2011 haben Sie uns den Entwurf in obgenannter Angelegenheit zur Vernehmlassung unterbreitet. Wir bedanken uns für diese Möglichkeit und nehmen innert Frist gerne Stellung.

Grundsätzlich begrüssen wir die vorgeschlagenen Änderungen. Im Einzelnen haben wir folgende Bemerkungen:

Bei der Variante zu Art. 129/130 VE erachten wir die einheitliche absolute Verjährungsfrist von 20 Jahren einerseits bei Personenschäden als zu kurz und andererseits bei allen übrigen Schäden als zu lang, weshalb die Hauptvariante favorisiert wird. Die in Art. 130 VE neu statuierte absolute Verjährungsfrist von 30 Jahren bei Personenschäden begrüssen wir, zumal oft längere Latenzperioden auftreten und sich die auftretenden Schäden erst nach mehr als zehn Jahren bemerkbar machen.

Weiter erachten wir aus personalrechtlicher Sicht das Konzept der doppelten Fristen als problematisch, da Ansprüche ab Fälligkeit in einem Zeitraum von drei bis zehn Jahren verjähren können, je nachdem, ob und wann die relative Frist zu laufen beginnt. Dies kann aus Sicht des Arbeitgebers zu Nachteilen führen, da er sich nicht mehr ohne Weiteres sicher sein kann, wann allfällige Ansprüche verjähren, was gerade in Fällen mit grosser finanzieller Bedeutung ein erhöhtes Risiko bedeutet. Die daraus resultierenden unsicheren Konsequenzen für das

Personalrecht führen dazu, dass es aus Gründen der Rechtssicherheit Sinn macht, den Status quo zu belassen.

Die Möglichkeit, die Verjährungsfristen gemäss Art. 133 VE vertraglich in gewissem Masse abzuändern, lehnen wir ab, da dadurch das Revisionsziel der Vereinheitlichung und Harmonisierung relativiert wird. Wir befürchten, dass von der vertraglichen Abänderbarkeit der Fristen insbesondere grosse Unternehmen in ihren Allgemeinen Geschäftsbedingungen Gebrauch machen werden, was regelmässig die schwächere Partei treffen würde. Immerhin würden der Abänderbarkeit durch Art. 133 Abs. 3 VE gewisse Schranken gesetzt, indem Allgemeine Geschäftsbedingungen, welche eine Verkürzung der Verjährungsfrist bei Personenschäden vorsehen, nichtig wären. Diese Restriktion würde jedoch bei reinen Sachschäden nicht gelten, wobei davon auszugehen ist, dass diese in der Praxis bei Vertragsverhältnissen häufiger auftreten als Personenschäden. Aus diesen Gründen lehnen wir Art. 133 VE ab und schlagen vor, ihn ersatzlos zu streichen.

Bei den Art. 135 und 141 VE erachten wir unter der Voraussetzung, dass ein direktes Forderungsrecht gegenüber dem Versicherer besteht, die Variante gemäss Art. 135 Abs. 3 und 141 Abs. 4 VE als sinnvoll.

Für die Kenntnisnahme und Berücksichtigung unserer Stellungnahme danken wir Ihnen.

Freundliche Grüsse
Im Namen des Regierungsrates

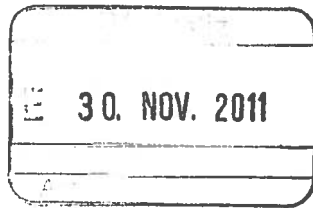
Der Präsident:


Dr. Reto Dubach

Der Staatsschreiber:


Dr. Stefan Bilger





Bundesamt für Justiz
Bundesrain 20
3003 Bern

312.11.016

29. November 2011

Vernehmlassung zur Revision des Verjährungsrechts im Obligationenrecht

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir nehmen Bezug auf Ihr Schreiben vom 31. August 2011 in oben genannter Angelegenheit, danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und äussern uns dazu gerne wie folgt:

A. Grundsätzliches

Wir begrüssen die mit der Vorlage bezweckte Vereinheitlichung der Verjährungsregelung im Obligationenrecht, indem inskünftig auf unterschiedliche Verjährungssysteme im ausservertraglichen Haftpflichtrecht, im Bereicherungsrecht und im Vertragsrecht verzichtet werden soll. Die damit einhergehende Beseitigung von Unsicherheiten in der Rechtsanwendung dürfte die Rechtssicherheit stärken.

Die Vorlage geht auf die (von den Räten überwiesene) Motion 07.3763 „Verjährungsfristen im Haftpflichtrecht“ der Rechtskommission des Nationalrats zurück, welche den Bundesrat beauftragt, die Verjährungsfristen im Haftpflichtrecht derart zu verlängern, dass auch bei Spätschäden Schadenersatzansprüche gegeben sind. Hintergrund des Vorstosses bildeten die Fälle von Asbestgeschädigten, deren gesundheitliche Beeinträchtigungen sich erst mehr als zehn Jahre nach der Arbeit mit Asbest zeigten, zu einem Zeitpunkt also, da die Schadenersatzforderungen bereits verjährt waren. Ein Schwerpunkt der Vorlage ist denn auch – neben der Vereinheitlichung und der Beseitigung von Unklarheiten – die Verlängerung der Verjährungsfristen. Nach dem Vorentwurf soll im ganzen Obligationenrecht ein einheitliches Verjährungssystem mit doppelten Fristen (relative und absolute Frist) herrschen, wie wir dies vom Haftpflichtrecht kennen. Dabei soll die relative Frist, welche mit Kenntnis der Forderung und der Person des Schuldners zu laufen beginnt, 3 Jahre, die absolute Frist, welche mit Fälligkeit bzw. mit dem Tag der schädigenden Handlung zu laufen beginnt, 10 Jahre betragen. Für Personenschäden ist jedoch vorgesehen, die absolute Verjährung erst 30 Jahre nach der schädigenden Handlung eintreten zu lassen. Als Variante wird eine absolute Verjährungsfrist für *alle* Forderungen von 20 Jahren zur Diskussion gestellt.

Die vorgeschlagene Erhöhung der relativen Verjährungsfrist von heute 1 auf neu 3 Jahre begrüßen wir, ebenso die (grundsätzliche) Beibehaltung einer absoluten Verjährungsfrist von 10 Jahren. Eine absolute Verjährungsfrist von 30 Jahren, wie sie für (alle) Personenschäden vorgesehen werden soll, erachten wir im Hinblick auf den Zweck der Verjährung aber als übermässig. Zum einen dürften bei nach so langer Zeit geführten Prozessen oft unüberwindliche Beweisschwierigkeiten auftreten (vgl. z.B. die kaufmännische Aufbewahrungspflicht von 10 Jahren gemäss Art. 962 OR). Zum anderen ist längst nicht bei allen Personenschäden überhaupt ein Bedürfnis nach so langen Verjährungsfristen gegeben. Dies trifft im Gegenteil nur auf wenige, besondere Fallkategorien, zu, für die bereits heute zum Teil spezialgesetzliche Verjährungsfristen von 30 Jahren vorgesehen sind (wie Gentechnologie oder Kernenergie). Derartige Sondernormen können auch inskünftig für Fälle, wo dies Sinn macht, vorgesehen werden. In Beachtung der rechtspolitischen Ziele der Verjährung (Rechtsfrieden, Rechtssicherheit, Vermeidung von Beweisschwierigkeiten) ist die absolute Verjährungsfrist für Forderungen aus Personenschäden (Art. 130 VE-OR) nicht auf 30, sondern auf höchstens 20 Jahre festzusetzen. Eine allgemeine absolute Verjährungsfrist von 20 Jahren für *alle* Forderungen, im Sinne der Variante, lehnen wir jedoch ab, da damit zu grosse Nachteile im Versicherungsmarkt für die Versicherungsnehmer verbunden sein dürften (höhere Prämien).

B. Bemerkungen zu einzelnen Bestimmungen

Art. 127 - 130 OR bzw. Variante:

Wir verweisen auf unsere Ausführungen unter A., oben, sowie auf den erläuternden Bericht zur Vorlage „Revision und Vereinheitlichung des Haftpflichtrechts“ (aus dem Jahr 2000), S. 215. Auch die Verfasser des damaligen Vorentwurfs hielten eine absolute Verjährungsfrist von 30 Jahren für übermässig und begründeten dies im Wesentlichen mit der Funktion der Verjährungsfristen.

Art. 133 OR:

Diese Bestimmung will, dass die Parteien die (relativen und absoluten) Verjährungsfristen vertraglich abändern können (und dies formfrei). Diese Möglichkeit, welche die Vorteile der Vereinheitlichung wieder teilweise zunichte machen würde und der Rechtssicherheit abträglich wäre, lehnen wir ab. Der Verzicht auf die Einrede der Verjährung, der gemäss Art. 134 VE-OR schriftlich erfolgen muss, ist aus praktischen Gründen hingegen sinnvoll.

Art. 141 OR:

Neu soll (nach der Variante, Abs. 4) die Unterbrechung der Verjährung gegenüber dem Versicherer auch gegenüber dem Haftpflichtigen gelten und umgekehrt, sofern ein direktes Forderungsrecht gegen den Versicherer besteht. Wir befürworten diese Regelung insbesondere unter dem Gesichtspunkt der Koordination der Verjährung in allen Rechtsgebieten (SVG, RLG und allgemeines Haftpflichtrecht). Dasselbe gilt hinsichtlich der Verjährungsverzichtserklärungen nach Art. 135 Abs. 3 VE-OR.

Art. 49 SchIT ZGB bzw. Variante:

Bei der Übergangsbestimmung zum neuen Verjährungsrecht erachten wir die als Variante vorgeschlagene Rückwirkung, wonach die absolute Verjährungsfrist nach dem neuen Recht auch auf nach bisherigem Recht bereits verjährte Forderungen zur Anwendung gelangen soll, als klar unvereinbar mit dem Rechtssicherheitsgebot und lehnen eine solche deshalb ab. Das neue Recht soll nur auf Forderungen anwendbar sein, die nach dem bisherigen Recht noch nicht verjährt sind.

3

Gerne hoffen wir auf eine Berücksichtigung unserer Anliegen im weiteren Gesetzgebungsverfahren.

Mit freundlichen Grüßen

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

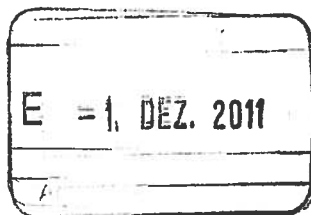

Christian Wanner
Landammann


Andreas Eng
Staatsschreiber



Staatskanzlei, Regierungsgebäude, 8510 Frauenfeld

Eidgenössisches
Justiz- und Polizeidepartement
Frau Simonetta Sommaruga
Bundesrätin
3003 Bern



Frauenfeld, 29. November 2011

Obligationenrecht (Revision des Verjährungsrechts)

Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit, uns zur Änderung des Obligationenrechts (OR; SR 220) sowie zur Anpassung von weiteren Bundesgesetzen im Zusammenhang mit dem Verjährungsrecht äussern zu können und teilen Ihnen mit, dass wir die Revisionsanliegen, nämlich die Vereinheitlichung des Verjährungsrechts, die Verlängerung der Verjährungsfristen und die damit einhergehende Beseitigung von Unsicherheiten begrüssen. Wir erachten es zudem als sinnvoll, dass auch die entsprechenden Bestimmungen in anderen Gesetzen angepasst werden sollen. Bezüglich der zu verschiedenen Bestimmungen des OR vorgeschlagenen Varianten äussern wir uns wie folgt:

Art. 129 und 130 OR

Wir bevorzugen diejenige Variante, die die absoluten Verjährungsfristen auf zehn bzw. 30 Jahre ansetzt. Die Einführung einer generellen absoluten Verjährungsfrist von 20 Jahren erscheint als systemfremd, nachdem in neueren Gesetzen (z.B. Gentechnikgesetz; SR 814.91) bereits eine 30-jährige Frist eingeführt worden ist.

Art. 135 OR

Wir unterstützen die Variante, wonach die Abänderung und der Verzicht der Verjährung durch den Schuldner auch gegenüber dem Versicherer und umgekehrt gelten soll, sofern ein direktes Forderungsrecht gegen den Versicherer besteht.

2/2

Art. 141 OR

Auch bei dieser Bestimmung schlagen wir die Variante vor, wonach die Unterbrechung gegenüber dem Versicherer auch gegenüber dem Haftpflichtigen und umgekehrt gilt, sofern ein direktes Forderungsrecht gegen den Versicherer besteht.

Art. 49 Schlusstitel zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch (SchIT ZGB; SR 210)

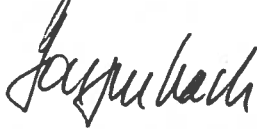
Bei dieser Norm lehnen wir die Variante ab. Im Hinblick auf die Rechtssicherheit erachten wir es als nicht gerechtfertigt, eine nach bisherigem Recht bereits verjährte Forderung mit Einführung des neuen Rechts wieder durchsetzbar werden zu lassen.

Mit freundlichen Grüßen

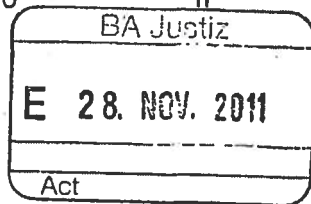
Der Präsident des Regierungsrates



Der Staatsschreiber







Repubblica e Cantone
Ticino

Il Consiglio di Stato



Ufficio federale di giustizia
Bundesrain 20
3003 Berna

Procedura di consultazione concernente il Codice delle obbligazioni (revisione del diritto in materia di prescrizione)

Gentili signore,
Egregi signori,

abbiamo ricevuto la lettera del 31 agosto 2011 del Capo del Dipartimento federale di giustizia e polizia in merito alla summenzionata procedura di consultazione, e, ringraziando per l'opportunità che ci viene offerta di esprimere il nostro giudizio, formuliamo le osservazioni seguenti.

Innanzitutto, se da un lato possiamo condividere il principio di cercare di uniformare le disposizioni sui termini di prescrizione del diritto civile, dall'altro lato, reputiamo importante che a tale principio non sia dato un valore assoluto, antependolo alle esigenze di protezione delle parti contrattuali più deboli.

In particolare, abbiamo delle riserve sulla fissazione del termine di prescrizione relativo e sulla possibilità di accorciare notevolmente i termini di prescrizione.

Articolo 128 AP-CO

Condividiamo l'osservazione secondo la quale il termine di prescrizione relativo attuale per promuovere un'azione fondata su una pretesa extracontrattuale (art. 60 CO) o per indebito arricchimento (art. 67 CO) sia troppo breve e vada esteso. Per le pretese contrattuali ci sembra però più appropriato fissare il termine di prescrizione relativo a cinque anni. Tale termine corrisponderebbe al termine di prescrizione generale vigente per le pretese a carattere periodico (art. 128 CO).

Articoli 129 e 130 AP-CO

Innanzitutto, tra le due ipotesi presentate, prediligiamo la versione degli articoli 129 e 130 AP-CO formulata a titolo principale anziché quella proposta quale variante. In effetti, fissare in modo generale a venti anni il termine di prescrizione assoluto, pur con la possibilità data dall'articolo 133

AP-CO di accorciarlo, non ci sembra equo, in considerazione della diversa natura delle conseguenze di un danno patrimoniale da quello di un danno a una persona. D'altronde, il termine generale di prescrizione attuale di dieci anni (art. 127 CO) è, a nostro avviso equilibrato e consente comunque alla parte lesa un tempo sufficiente per far valere la pretesa. Per contro, ci sembra sostenibile l'aumento a trent'anni (o, eventualmente, a vent'anni) il termine di prescrizione assoluto in caso di danni a persone.

Articolo 133 AP-CO

Abbiamo delle forti perplessità sulla norma proposta, con particolare riferimento alla possibilità per le parti di accorciare notevolmente i termini di prescrizione. Pur considerando che si tratta di modifiche che vanno concordate tra le parti, la proposta di accorciare fino a un anno il termine di prescrizione relativo e fino a tre anni quello di prescrizione assoluta ci sembra eccessiva e, temiamo, rischia di peggiorare la posizione della parte contrattuale più debole (lavoratore, cliente di una banca o di un istituto assicurativo, eccetera). Proponiamo pertanto di rinunciare all'adozione dell'articolo 133 AP-CO. Nell'ipotesi del mantenimento dell'articolo 133 AP-CO, non deve comunque essere possibile accorciare il termine di prescrizione in caso di danni a persone o, eventualmente, potrebbe essere accorciato solo fino a un minimo di dieci anni. In particolare nei contratti di lavoro, reputiamo importante, al fine di tutelare in modo adeguato le vittime di danni alla salute che si manifestano solo a lungo termine, di evitare che la fissazione di un termine di prescrizione assoluto di trent'anni possa essere aggirato mediante la riduzione di tale termine a tre anni, come consente l'articolo 133 capoverso 3 AP-CO, peggiorando quindi addirittura in modo sensibile la situazione attuale, in contrasto con l'intendimento di proteggere maggiormente le vittime di danni tardivi.

Inoltre, la possibilità del prolungamento del termine di prescrizione assoluto a trent'anni ci sembra eccessiva e proponiamo pertanto semmai di limitare il prolungamento massimo ammesso dall'articolo 133 capoverso 2 AP-CO a vent'anni. Questa norma non tocca comunque la prescrizione assoluta nel caso di danni a persone, che può rimanere di trent'anni, salvo diverso accordo tra le parti.

Infine, non ci è del tutto chiaro se e a quali condizioni possano essere modificati i termini di prescrizione per vari tipi di pretesa, come, in particolare, quelle che non si fondano su un contratto discusso tra le parti come, per esempio, le pretese derivanti dal diritto di famiglia, le pretese pensionistiche, i dividendi, gli interessi di mora.

In generale, proponiamo pertanto di rinunciare all'articolo 133 AP-CO.

Articoli 135 e 141 AP-CO

Proponiamo di adottare la versione proposta a titolo principale, rinunciando alla variante.

Articolo 138 AP-CO

Seppur non sia indicato esplicitamente nel rapporto esplicativo, interpretiamo la norma nel senso che, tranne nel caso in cui siano applicabili i termini generali degli articoli 128 e 129 AP-CO, anche il nuovo termine è quello fissato sulla base dell'articolo 133.

Articolo 49 AP-Titolo finale CC

Non condividiamo né la proposta formulata a titolo principale, né la variante. Innanzitutto, per ragioni di certezza del diritto, i termini di prescrizione già scaduti non devono poter essere riattivati. L'inaffidabilità di una tale situazione è ancora più palese quando si indica che possono addirittura essere rimesse in discussione sentenze cresciute in giudicato.

A nostro avviso non è corretta nemmeno la norma che stabilisce che, qualora la nuova legge preveda termini più brevi, questi cominciano a decorrere solo al momento dell'entrata in vigore

delle nuove disposizioni. In altre parole, nell'esempio indicato nel rapporto, se al momento dell'entrata in vigore della revisione sono trascorsi nove anni del periodo di prescrizione, questo termine risulta di fatto prorogato di tre anni, allungando in modo immotivato a dodici anni il termine di prescrizione. Per le pretese sorte con il diritto previgente devono continuare a valere i termini di prescrizione fissati da tale diritto. A quelle pretese, il nuovo diritto potrebbe per contro essere applicato agli altri aspetti del diritto della prescrizione, quali la possibilità di modificare il termine, la sospensione o l'interruzione dei termini.

Pertanto, proponiamo di formulare l'articolo nel modo seguente:

¹Alle pretese non ancora prescritte secondo il diritto anteriore si applica il nuovo diritto.

²Sono fatti salvi i termini di prescrizione del diritto anteriore.

Articolo 149a AP-LEF

Proponiamo di rinunciare a modificare la norma e di mantenere il termine di venti anni per la prescrizione del termine accertato mediante un attestato di carenza di beni.

Vogliate gradire l'espressione della massima stima.

PER IL CONSIGLIO DI STATO

La Presidente:

L. Sadis

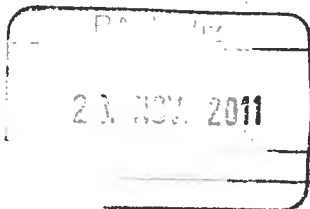
Il Cancelliere:

G. Gianella

Copia p.c. a:

- Divisione della giustizia, Residenza;
- Deputazione ticinese alle Camere federali, Residenza.





Bundesamt für Justiz



BJ-00000000608529



Landammann und Regierungsrat des Kantons Uri

Bundesamt für Justiz
Bundesrain 20
3003 Bern

Teilrevision des Obligationenrechts (Revision des Verjährungsrechts); Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Am 31. August 2011 hat das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) den Regierungsrat im Rahmen eines Vernehmlassungsverfahrens eingeladen, zur Teilrevision des Obligationenrechts (Revision des Verjährungsrechts) Stellung zu nehmen. Für die Möglichkeit zur Stellungnahme danken wir Ihnen.

Wir teilen Ihnen mit, dass wir die Vernehmlassungsvorlage begrüssen. Im Weiteren verzichten wir auf eine detaillierte Stellungnahme.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Altdorf, 25. November 2011



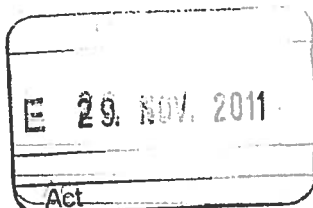
Im Namen des Regierungsrats

Der Landammann

Der Kanzleidirektor

Markus Züst

Roman Balli



Consultation fédérale

Code des obligations (droit de la prescription) – Prise de position du Canton de Vaud

Madame, Monsieur,

Le Conseil d'Etat du Canton de Vaud a pris connaissance des documents que vous lui avez adressés en août 2011 et vous remercie de l'avoir consulté. Après avoir mené une consultation auprès de nombreux organismes du Canton, il vous transmet, ci-après, sa prise de position sur le projet de modification du droit de la prescription touchant principalement le Code des obligations et diverses autres lois fédérales.

Remarque liminaire

Le gouvernement vaudois salue, dans son principe, la volonté de simplification des différents délais de prescription et l'introduction d'un délai absolu de 30 ans pour tenir compte des dommages apparaissant bien après une exposition à un risque particulier (comme l'amiante). Cependant, il tient à souligner que la suppression des différents délais de prescription en vigueur aujourd'hui n'apparaît pas comme essentiel dans la mesure où ils gardent leur pertinence au regard de la diversité des actes juridiques auxquels ils s'appliquent. De plus, l'avant-projet propose des modifications qui, dans leur formulation, sont souvent excessives ou trop floues.

Introduction de délais uniques pour toutes les créances

Le souci d'homogénéisation de l'avant-projet aura pour conséquence une meilleure compréhension des différents délais par les destinataires de ces normes. Il faut toutefois reconnaître au système actuel, bien que complexe, l'avantage de s'adapter à de situations juridiques diverses. Ainsi, si les créances usuelles ont un délai de prescription de 10 ans, il a été considéré nécessaire de prévoir un délai plus court pour des contrats de nature périodique (contrat de travail) ou certains types de prestations (honoraires d'avocat). De même, un délai relatif d'une année en matière délictuelle permet d'assurer une certaine sécurité juridique en évitant des procès intervenant bien après la connaissance précise du dommage et de la personne du débiteur.

Ainsi, si le gouvernement vaudois adhère au principe d'unification, il estime que son introduction n'offre pas forcément toutes les garanties de sécurité juridique (pourtant voulue comme objectif de l'avant-projet). Il souhaiterait ainsi que le législateur identifie avec soin si, dans les diverses situations prévues par le droit fédéral, la modification du délai de prescription s'impose en offrant des avantages significatifs.

Plus particulièrement, si l'introduction d'un délai absolu de 30 ans pour les dommages corporels est une modification salubre s'agissant de problèmes tel que celui de l'amiante, la formulation de l'article est excessive. Il apparaît dès lors nécessaire qu'elle soit nuancée, par exemple en prévoyant d'inscrire une liste exhaustive des dommages ou du type de dommages bénéficiant de cette longue prescription. En effet, dans l'hypothèse d'une fracture d'un bras suite à un accident ou à un mauvais traitement thérapeutique, rien ne justifie d'autoriser le lésé à introduire une action, en théorie, deux ou trois décennies après la survenance du dommage. Même si en pareille hypothèse le justiciable peinerait sans doute à satisfaire aux exigences de preuve en la matière, l'appareil judiciaire risquerait d'être alourdi de manière disproportionnée par des procédures de ce type.

Possibilité de modifier les délais de prescription (durée et point de départ)

La possibilité accordée aux parties de modifier ces délais, dans la formulation de l'article 133 de l'avant-projet, ne peut être soutenue. Cette formulation est combattue par la plupart des organismes qui ont été consultés sur le plan cantonal.

Sur le principe, d'une part, il apparaît que la modification unilatérale du délai de prescription dans certains contrats serait injustifiée. Il s'agit principalement des contrats de bail, de travail et ceux conclus avec des consommateurs. Pour ce type de contrat, le risque est trop important que la réduction soit automatiquement imposée, par voie de conditions générales ou de proposition à l'engagement. Des garde-fous doivent être proposés. Ils peuvent prendre la forme d'une liste de contrats dans lesquels la réduction est exclue. A tout le moins, le gouvernement est d'avis que la réduction du délai (voire son augmentation) devrait non seulement être formulée expressément par écrit mais revêtir une forme particulière pour que l'attention du cocontractant soit attirée (à l'image de ce qui se faisait en matière de prorogation de for).

Sur le plan technique, d'autre part, la possibilité de modifier non seulement la durée de la prescription mais également son point de départ serait source de complications infinies d'interprétation. Ainsi, au lieu de parvenir à un système harmonisé, les délais de prescriptions pourraient devenir aussi nombreux que les actes juridiques. Une telle insécurité ne ferait que compliquer le travail des tribunaux, mais également la situation des parties.

C'est donc l'ensemble de l'article qui doit être revu afin qu'une version plus claire évite les risques d'insécurité juridique et de péjoration de la partie faible au contrat.

La garantie pour les défauts

Actuellement, l'avis des défauts doit être donné dès que possible par l'acquéreur sous peine de se voir déchu de ses droits. En appliquant à cet avis des nouveaux délais de prescription (2 ans suivant la livraison de la chose ou de l'ouvrage et 5 ans suivant le transfert de propriété de l'immeuble), l'avant-projet pourrait modifier drastiquement la pratique en la matière.

Une telle modification n'apparaît pas opportune. Si toutefois elle était maintenue, le Conseil d'Etat insiste sur le fait que la question de l'avis des défauts doit faire l'objet de dispositions transitoires précises. Une simple déduction des principes tirés du projet de Titre final du Code civil, ne serait pas suffisante.

La renonciation à la prescription

L'avant-projet introduit une nouvelle réglementation sur la renonciation à la prescription (article 134). Cette disposition n'est pas claire. Il faut en modifier la structure. Le premier alinéa devrait régler les possibilités de renoncer avant ou après le délai, les autres alinéas prévoyant les diverses modalités. En outre, dans la mesure où il s'agit également d'une pratique courante (notamment pour l'Etat), des dispositions transitoires expressément dédiées devraient être envisagées.

L'article 136 al. 1 ch. 8 de l'avant-projet

Selon ce chiffre, la prescription ne court pas « *tant qu'il est impossible de faire valoir la créance pour des raisons objectives* ». Cette formulation est trop vague, les « *raisons objectives* » laissant une marge d'appréciation trop large.

Le Canton est d'avis qu'il faudrait reprendre la formulation de l'actuel chiffre 6 de l'article 134 CO qui vise l'hypothèse dans laquelle « *il est impossible de faire valoir la créance devant un tribunal suisse* ».

En vous remerciant de l'accueil que vous réserverez aux observations du Canton de Vaud, nous vous prions d'agréer, Madame, Monsieur, l'expression de notre considération distinguée.


AU NOM DU CONSEIL D'ETAT

LE PRESIDENT



Pascal Broulis

LE CHANCELIER



Vincent Grandjean



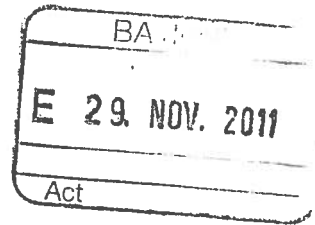
Conseil d'Etat
Staatsrat

CANTON DU VALAIS
KANTON WALLIS

Bundesamt für Justiz



BJ-0000000608552



Département fédéral de justice et police
Office fédéral de la justice
3003 Berne

Références
Date

23 NOV. 2011

Projet de modification du code des obligations - Droit de la prescription - Procédure de consultation

Monsieur le Directeur,

En réponse à la lettre circulaire du 31 août 2011 de Mme Simonetta Sommaruga, Conseillère fédérale, nous vous communiquons comme suit la position du Gouvernement valaisan en dite affaire :

Après un examen attentif, nous pouvons nous rallier sans réserve à l'ensemble du projet, ceci pour les raisons suivantes :

Comme relevé dans la documentation transmise, la situation actuelle en matière de prescription présente de nombreuses insuffisances portant notamment sur les points suivants :

- réglementation hétérogène et même disparate selon les divers domaines concernés ;
- délais de prescription trop courts en matière de responsabilité extra-contactuelle ;
- flou juridique en ce qui concerne diverses questions de détail.

Le projet présenté tend à remédier de manière tout à fait satisfaisante à ces insuffisances en apportant notamment les améliorations suivantes :

- unification du droit de la prescription ;
- allongement des délais de prescription, notamment en ce qui concerne les dommages corporels ;
- renforcement de la sécurité juridique.

Nous saluons également le caractère pragmatique du projet qui notamment permet aux parties de modifier les délais de prescription par convention, dans certaines limites.

Nous vous remercions pour la faculté qui nous a été donnée de nous déterminer et vous prions d'agréer, Monsieur le Directeur, l'assurance de notre considération distinguée.

Au nom du Conseil d'Etat

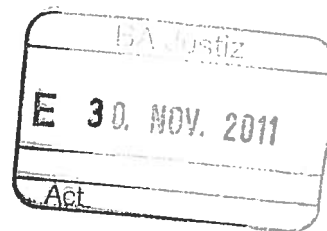
Le Président

Jacques Melly



Le Chancelier

Philipp Spörri



Bundesamt für Justiz
BJ-00000000608569

25



DER REGIERUNGSRAT DES KANTONS ZÜRICH
an das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement

Zürich, 23. November 2011

**Obligationenrecht (Revision des Verjährungsrechts):
Vernehmlassung**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Ende August 2011 haben Sie uns den Vorentwurf zur Revision des Verjährungsrechts zur Vernehmlassung unterbreitet. Wir danken für die Gelegenheit zur Stellungnahme und äussern uns wie folgt:

A. Einleitende Bemerkungen

Der Vorentwurf will das Verjährungsrecht für sämtliche privatrechtlichen Forderungen einheitlich regeln. Künftig sollen deshalb allgemein eine relative Verjährungsfrist von drei Jahren und eine absolute Verjährungsfrist von zehn Jahren gelten. Die Vorlage ist zu begrüßen, da die Vereinheitlichung der Rechtssicherheit dient und überdies im Bereich der Personenschäden die Verjährungsfristen in angemessener Weise verlängert werden. Wir erlauben uns aber, darauf hinzuweisen, dass im Bericht des Bundesamtes für Justiz Hinweise auf die direkten und indirekten Kosten der Revision fehlen. Es ist davon auszugehen, dass bei den Gerichten zufolge der Verlängerung der Fristen im ausservertraglichen Bereich mit zusätzlichen Verfahren und damit zusätzlichen Kosten zu rechnen ist. Die Auswirkungen der Revision für den Wirtschaftsstandort Schweiz können nicht abgeschätzt werden. Insbesondere können aus den Ausführungen in Kapitel 3 (Rechtsvergleich und internationales Recht) und Kapitel 4 (Kernpunkte der Revision) des Berichts keine eindeutigen Schlüsse gezogen werden.

B. Zu den Bestimmungen im Einzelnen

Art. 129 und Art. 130 VE-OR / bzw. Variante dazu:

Wir unterstützen den Hauptvorschlag. Eine Differenzierung zwischen Personenschäden und übrigen Schäden rechtfertigt sich bereits aufgrund der Werthierarchie der betroffenen Rechtsgüter.

Die Variante lehnen wir ab. Die möglichen Auswirkungen auf die Standortattraktivität, insbesondere die absehbare Erhöhung der Versicherungsprämien, sprechen gegen die Variante. Des Weiteren wäre bei der Variante aufgrund der verlängerten Fristen mit zusätzlichen Verfahren und damit auch mit zusätzlichen Kosten bei den Gerichten zu rechnen. Mit zunehmendem Zeitablauf nehmen die Beweisschwierigkeiten zu, und es wären wohl vermehrt aufwendige Beweisverfahren durchzuführen, die dann doch nicht zu einer eindeutigen Beweislage führen würden, was der Rechtssicherheit widerspricht.

Art. 135 Abs. 3 und Art. 141 Abs. 4 VE-OR:

Wir begrüßen die jeweils als Variante vorgeschlagenen Absätze. Beide Bestimmungen erscheinen aufgrund des unmittelbaren Forderungsrechts gegenüber dem Versicherer als gerechtfertigt.

Art. 370 Abs. 4 VE-OR / Aufhebung von Art. 371 OR:

Die Verlängerung der absoluten Verjährungsfrist beim Werkvertrag von fünf auf zehn Jahre ist aus Sicht der Bestellerin oder des Bestellers zu begrüßen. Die relative Verjährungsfrist soll gemäss Art. 128 Abs. 2 des Vorentwurfs mit Kenntnis der Forderung und der Person des Schuldners zu laufen beginnen. Im Einzelfall dürfte es bei Werkmängeln – entgegen den Ausführungen im Erläuternden Bericht – schwierig sein, den Zeitpunkt des Fristbeginns zu bestimmen, da bei Werkmängeln oft unklar ist, wer dafür verantwortlich ist. Ein objektiver Anknüpfungspunkt würde Bestellerinnen und Bestellern sowie Unternehmern mehr Rechtssicherheit bieten.

Unklar ist das Verhältnis bei unbeweglichen Werken zwischen der relativen Verjährungsfrist und der Rügefrist. Tritt beispielsweise bereits kurz nach Vollendung des unbeweglichen Werks ein Werkmangel zutage, läuft die relative Frist mit einer Laufzeit von drei Jahren bereits vor der Rügefrist von fünf Jahren (Art. 370 Abs. 4 Vorentwurf) ab. Nach Ablauf der absoluten Rügefrist von fünf Jahren hingegen spielt die relative Frist gar keine Rolle mehr, da die Mängelrechte bereits verwirkt sind. Diese Unklarheit ist zu beseitigen. Eine Lösung könnte darin bestehen, im Bereich des Werkvertragsrechts die relative Frist auf fünf Jahre zu verlängern.

Art. 149a Abs. 1 SchKG (Verlustschein):

Eine Verlustscheinforderung kann wieder geltend gemacht werden, sobald der Schuldner zu neuem Vermögen gekommen ist. Die Verlustscheinforderungen verjährten bis 1996 nicht. Mit der Revision vom 16. Dezember 1994, in Kraft seit dem 1. Januar 1997, wurde die Verjährungsfrist auf 20 Jahre festgesetzt. Eine erneute Herabsetzung der Frist auf zehn Jahre macht es den Schuldnern zu leicht, sich ihren Verpflichtungen zu entziehen. Wir beantragen, die Verjährungsfrist von 20 Jahren beizubehalten.

Genehmigen Sie, sehr geehrte Frau Bundesrätin, die Versicherung unserer ausgezeichneten Hochachtung.



Im Namen des Regierungsrates
Die Präsidentin:

Der Staatsschreiber:

RRB Nr. 1420/2011

